

# Sächsische Staatszeitung

Seitweile Nebenblätter: Landtagsspiele, Synodalblätter, Beziehungen der Verwaltung der Staatschulen und der Alter- und Sonderkulturstiftung, Jahresbericht und Rechnungsabschluß der Landes-Brandversicherungskasse, Berichtsliste von Holzplänen auf den Staatsschreinen.

Beauftragt mit der Oberleitung (und preußischen Vertretung): Hofrat Voeges in Dresden.

Nr. 2.

Freitag, 3. Januar nachmittags

1919.

Baugutpreis: Helm Bezüge durch die Geschäftsstelle, Große Brüderstraße 18, sowie durch die deutschen Postanstalten d. W. vierteljährlich. Einzelne Nummern 10 Pf. — Ersteint nur Werlags. Herausgeber: Geschäftsstelle Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574. — Postscheckkonto Nr. 26956.

Anfünfigungen: Die 1 halptige Grundfläche über deren Raum im Anfünfigungssteile 50 Pf. die 2 halptige Grundfläche über deren Raum im amüslichen Teile 1 Mark, unter Eingangs 2 Mark. Preisermäßigung auf Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vormittags 1/10 Uhr.

## Amtlicher Teil.

Das Ministerium des Innern hat genehmigt, daß mit dem 1. Januar 1919 die politischen Gemeinden Solingen und Rötha mit der Stadtgemeinde Delitzsch i. S. zu einer politischen Gemeinde vereinigt werden. 2274 II G Dresden, am 31. Dezember 1918. 41

### Ministerium des Innern.

Am 1. Januar 1919 wird die Landgemeinde Wilischwitz (Amtshauptmannschaft Weissen) mit der Landgemeinde Niederwitz vereinigt. 2309 II G Dresden, am 31. Dezember 1918. 42

### Ministerium des Innern.

#### Schannindung

M. F. R. 200/12. 18. K. R. A.

Zum Auftrage des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung wird folgendes angeordnet:

**Artikel I.** Die Bekanntmachung Nr. Bat. 200/10. 18. K. R. A., betreffend Beschlagnahme von Ferngläsern sowie von Objektiven für Photographie und Projektion vom 6. Oktober 1918 tritt außer Kraft.

**Artikel II.** Diese Bekanntmachung tritt am 15. Dezember 1918 in Kraft.

Berlin, den 15. Dezember 1918.

#### Kriegs-Material-Abteilung.

#### Bolzfädel.

Vorstehernde Bekanntmachung der Kriegs-Materialabteilung des Preuß. Kriegsministeriums wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht. 19247 IV D<sup>1</sup> Dresden, den 3. Januar 1919. 63

### Ministerium für Militärwesen.

J. A.: Kuerbach.

#### Bekanntmachung, Stempelstafale betreffend.

Gemäß § 229 Abs. 1 der Ausführungsbestimmungen zum St. Etat. vom 3. VII. 13 in der durch die Gesetze vom 17. VI. 18, 8. IV. 17 und vom 26. VII. 18 geänderten Fassung (Centralblatt für das Deutsche Reich 1918 S. 583) wird bekanntgemacht, daß der Finanzrat Dr. Sieler sowie die Finanzamtmänner Dr. Benus, Dr. Hintz, Göbel und Dr. Heilig, sämtlich in Dresden, mit der Wahrnehmung der Geschäfte der Stempelstafale für die Republik Sachsen beauftragt sind. 43 Dresden, am 2. Januar 1919.

#### Generalholddirektion.

Befehlshaber Medizinalrat Dr. Endler in Dippoldiswalde ist aus dem Militärdienst entlassen worden. Die Wiederübernahme der befehlshabenden Geschäfte für den Medizinalrat Dippoldiswalde erfolgt am 1. Januar 1919. Die Stellvertretung durch den Befehlshaber Medizinalrat Dr. Beyholdt in Pirna hat sich damit erledigt. Dresden, am 30. Dezember 1918. 61a. VII

### Die Kreishauptmannschaft.

#### Amtlicher Bericht

des Landes-Gesundheitsamtes über den Stand von Viehseuchen am 31. Dezember 1918 in Sachsen.

#### 1. Nov.

Amtsh. Löbau: Dittersbach (1); Stadt Planitz (1); zuj. 2 Gem. u. 2 Geh. — 15. Dezember 1918 1 Gem. u. 1 Geh.

#### 2. Manl- und Sklavenseuche.

Chemnitz-Schlosshof (1); Stadt Dresden (1); Dresdner Schlosshof (1); Amtsh. Pirna: Meußig (1), Rathewalde (2), Böhla (1); Leipzig: Göhrenz (1), Großschocher (1), Plaußig (1), Seehausen (1), Borsdorf (1); zuj. 11 Gem. u. 12 Geh. — 15. Dezember 1918 2 Gem. u. 2 Geh.

#### 3. Lungenseuche des Kindbetriebs.

Stadt Döbeln (1); Amtsh. Döbeln: Belgern (2), Borsdorf (1), Buchwalde (1), Cosul (2), Gröditz (1), Großwilsdruff (1), Lützen (1), Neukirch (1), Salzenforst (1), Spreewiese (1), Wurzen (1); Großhain: Großhain (1), Großschönau (1); Stadt Meißen: Döbeln (1); Amtsh. Meißen: Döbeln (1), Ebersbach (1); Pirna: Burkhardswalde (1), Kammerburg (1), Seiditz (1); Borna: Pegau (1); Leipzig: Löbischütz (1); zuj. 21 Gem. u. 23 Geh. — 15. Dezember 1918 19 Gem. u. 20 Geh.

#### 4. Schweineseuche einschließlich Schweinepest.

Amtsh. Chemnitz: Mitteldorf (1); Marienberg: Marienberg (1); Großhain: Cotta (1); zuj. 3 Gem. u. 3 Geh. — 15. Dezember 1918 5 Gem. u. 5 Geh.

#### 5. Brustseuche der Pferde.

Amtsh. Löbau: Erdmannsdorf (1); — 15. Dezember 1918 — Gem. — Geh.

## Ernennungen, Versetzungen usw. im öffentlichen Dienste.

Im Geschäftsbereiche des Ministeriums des Innern. Brandversicherungskasse. In den Außenhand verkehrt: Oberrechnungsinspektor Rechnungsbeamter Kirchen. Beförderter:

Secretär Grahl zum Rechnungsinspektor; Bureauassistenten Richter und Köhler zu Secretären; Expedienten Langen, Freitag, Kübler und Urban zu Bureauassistenten. Angestellt: Expedient Tittel und Kanzleibüroarbeiter Jost und Lorenz als plausibel. Expedienten — Bei den technischen Beamten: Beförderter: Brandversicherungsinspektor Rechnungsbeamter Hüttner zum plausibel. Brandversicherungsinspektor und Vorsteher des Brandversicherungsamtes Schwarzenberg. Angestellt: Der Rechnungsbeamter Tisch und Michel und die Baumleiter Frohne, Thiele, Haller und Behr als Brandversicherungsassistenten.

Im Geschäftsbereiche des Ministeriums des Innern und öffentlichen Unterrichts. Erledigt: Büroassistent zu Schmiebeck. Koll.: oberste Schulbehörde. 1524/20 W. Grundgehalt, der sich nach 24 in drei vertragten Dienst durch Alters- und Dienstzulagen um 1800 W. erhöht; vom Kirchendienst 730 W. einzigt. 180 W. als unvertragl. perls. Zulage. Bewerbungen mit erforder. Unterlagen bis 26. Jan. an den Bezirksschulinspektor zu Dippoldiswalde. — Zu besetzen: 1. die Kirchenstelle zu Großdöbbrick, 1528 W. vom Schul-, 516,30 W. vom Kirchendienste und Amtswohnung mit Garten genutzt. Hierüber 100 W. pensionierte Zulage, 100 W. für Verwaltungsgeschäfte, 150 W. für Fortbildungsschulunterricht, 75 W. für Sonnenturnen. An die Lehrerzulage 100 W. für wohl. Altland. Schulunterricht; 2. die 4. Lehrerstelle zu Oberwürzig. Mindesgehalt und Amtswohnung mit Garten genutzt; 3. die 3. Lehrerstelle zu Rammenau. Mindesgehalt und Amtswohnung. Anstellungsbörde für diese 3 Stellen: oberste Schulbehörde. Bewerbungen mit den erforderl. Unterlagen bis 31. Jan. an den Bezirksschulinspektor zu Bautzen.

(Amtliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Anfünfigungssteile.)

## Heeresgut ist Reichsgut Gib heraus, was nicht Dir gehört.

Reichsverwaltungsaamt, Berlin W 8, Friedrichstraße 66.

37

## Nichtamtlicher Teil.

### Deutsches Reich.

#### Zu den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen.

Die Auslieferung unserer Marineflugzeuge. Berlin, 2. Januar. In den nächsten Tagen trifft eine Kommission von drei Offizieren, von Spaa kommend, in Berlin ein, um in Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen die Marinestaffeln in Flüterbog und Friedrichshafen zu besichtigen. Mit der Führung der Kommission ist der Kapitänleutnant Breithaupt beauftragt.

Die Auslieferung unserer Seestreitkräfte. Santander, 1. Januar. Die Zeitung "Atalaya" meldet die Ankunft von zwei englischen Torpedobootsführern, die gemäß der Waffenstillstandsbedingungen die in neutralen Häfen internierten U-Boote übernehmen sollen. Die Übergabe dieser U-Boote soll unter Mitwirkung der spanischen Behörden nacheinander in Cadiz, Ferrol, Vigo, Cartagena und Santander stattfinden. Die Behandlung unserer Kriegsgefangenen in Rumänien.

Berlin, 2. Januar. Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Über die Behandlung unserer Kriegsgefangenen in Rumänien hat ein Rotenkreuzl. Ratteg gefunden. Am 17. Dezember wurden deutscherseits die Verbündeten um Unterstützung des bei der rumänischen Obersten Heeresleitung gegen die unwürdige Behandlung der Deutschen eingetragten Protest gebeten, worauf Maréchal Foch am 19. Dezember antwortete, das Oberkommando und die Regierungen der Verbündeten haben keine Veranlassung, die Proteste der deutschen Regierung zu unterstützen. Demgegenüber brachte die deutsche Rückantwort vom 22. Dezember zum Ausdruck, daß die deutsche Regierung nicht im Zweifel darüber ist, daß sie kein Recht hat, zu verlangen, daß ihre Proteste von dem verbündeten Oberkommando und den verbündeten Regierungen unterstützt werden. Der deutschen Regierung ist aber bekannt, daß die deutschen Kriegsgefangenen im Jahre 1917 von den Rumänen außerordentlich schlecht behandelt wurden, so daß sie zu Tode jähren infolge von Hunger, Krankheit und Misshandlung zugrunde gegangen sind. Sie ist daher in großer Sorge um die Deutschen, die jetzt in die Hände der Rumänen gefallen sind. Sie glaubte nicht, daß die verbündeten Regierungen gerade in dieser Sache die deutsche Bitte um Einwirkung auf die bestreitende rumänische Regierung ablehnen würden. Nunmehr müsse mit Bedauern festgestellt werden, daß der Oberkommandierende der Verbündeten es ablehnt, im vorliegenden Falle, wo es sich nur um allgemein menschliche Interessen handelt, zu intervenieren.

Oberste Heeresleitung. Die Vergewaltigung der deutschen Truppen im Osten. Berlin, 3. Januar. Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt u. a. mit: Aus Anlaß der unerhörten

Bergewaltigung, der die deutschen Truppen im Osten unterworfen werden sollen, hat nach den übereinstimmenden Kundgebungen der Reichsregierung und der Waffenstillstandskommission nunmehr auch die deutsche Oberste Heeresleitung in Spa a. a. ausdrücklich erklärt lassen: Artikel 12 und 13 des Waffenstillstandabkommen forderten ursprünglich sofortige Zurückziehung der deutschen Truppen im Osten. Auf Deutschlands Anregung, die ebenso im deutschen Interesse, wie in dem der Allgemeinheit erfolgte, wurde der Wortlaut geändert. Deutschland hatte damit nicht die Verpflichtung übernommen, im Osten für Ordnung zu sorgen, sondern lediglich die Berechtigung erhalten, erst allmählich zu räumen. Die von deutschen Freiwilligen übernommene Aufgabe, im Osten für Ordnung zu sorgen, wurde erfüllt, solange dies möglich war. Die Verbündeten wurden von dem Rückmarsch durch schriftliche Erklärung vom 3. Dezember 1918 und mündliche Erklärung vom 23. Dezember unterrichtet. Die Verbündeten durften nicht, wenn sie willkürlich Wert darauf legten, die kleinen Dörfer des Ostens durch die Deutschen zu räumen, diese verhindern, ihre Aufgabe durchzuführen. Dies ist zwar tatsächlich der Fall gewesen. Die Verbündeten erklären sich jetzt zwar solidarisch mit der polnischen Regierung, sie haben aber z. B. nicht zu verhindern versucht, daß die Polen die Eisenbahn nach Deutschland abschneiden und damit die Lebensmöglichkeiten der deutschen Truppen unterbanden. Aber wenn die Deutschen in der Ukraine kämpfen sollten, so müßten sie Waffen und Munition haben. Man könnte sie ihnen nicht, wie es z. B. in Odessa geschieht, wegnehmen. Eindeutig wird ferner darauf hingewiesen, daß durch die von den Verbündeten ancheinend beabsichtigte entwürdigende Behandlung der deutschen Truppen die Gefahr des Bolschewismus für die östlichen Länder außerordentlich gesteigert würde, nicht zum wenigsten für Polen, wo bolschewistische Ideen weitverbreitet sind. Die Oberste Heeresleitung erwartet sicher, daß in Anerkennung der vorgebrachten Gründe eine würdige Lösung für die Räumung der deutschen Truppen aus dem Osten gefunden werde.

#### Die Räumungsfrage im Osten.

Berlin, 2. Januar. Die Verhandlungen bei den lettischen und estnischen Republiken, August Winnig, mit dem Befehlshaber der dortigen englischen Flotte sind in der Presse verschiedentlich als Abmachung bezeichnet worden. Diese Bezeichnung entspricht nicht den Tatsachen. Der Gesandte Winnig hat die Auffassung des englischen Admirals über die Rückführung d. r. deutschen Truppen und die damit in Zusammenhang stehende Bekämpfung der russischen Volksrepubliken einfach entgegengenommen. Daß die Auffassung der deutschen Reichsregierung und der Waffenstillstandskommission sich mit der des englischen Admirals und des Verbands überhaupt keineswegs deckt, hat die in den Morgenblättern vom 2. d. W. veröffentlichte ausführliche amtliche Darlegung der Waffenstillstandskommission über die Entstehung des Wortlaufs des Artikels 12 Absatz 2 des Waffenstillstandvertrages ausführlich dargelegt. Deutschland hat ein Recht, aber keine Pflicht, die deutschen Truppen in Russland so lange zu lassen, wie es der Verband für richtig findet. Nach wie vor hat es als Grundlage für die Errichtung der militärisch-politischen Ostlagen nur die erwähnte ausführliche Darlegung der deutschen Waffenstillstandskommission vom 2. Januar zu dienen. Im übrigen ist zu bemerken, daß die Reichsregierung im Einverständnis mit der Waffenstillstandskommission beschlossen hat, daß der Gesandte Winnig sich in der Räumungsfrage als unzuständig erklärt. Denn die hier in Betracht kommenden Einzelzonen gehören zum Gebiet der Waffenstillstandskommission. Demgemäß werden die weiteren Verhandlungen ausschließlich von der Waffenstillstandskommission geführt werden.

#### Erleichterungen für die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung in Hessen.

Frankfurt a. M., 2. Januar. Die "Frankf. Zeit." meldet aus Darmstadt vom 1. d. W.: Priv.-Tel. Einspruch des französischen Armeeoberkommandos an die deutsche Regierung: Gemäß den vom Oberbefehlshaber der verbündeten Truppen empfangenen Befehlen werden folgende Erleichterungen gewährt werden, um den Deutschen zu erlauben, die Wahlen für die Nationalversammlung in dem besetzten Rheinland vorzunehmen: 1. Es werden ohne Einschränkung Berichte erlaubt, die Vorberichtigungen zu den Wahlen und die Wahlen selbst betreffen und die durch die regelmäßigen Verwaltungsbehörden ausgefertigt worden sind. 2. Es werden durch die verbündeten Truppen die Freiheit der Presse und die Freiheit der Versammlungen gewahrt, soweit sie sich mit der Aufrechterhaltung der Ordnung und mit einem vorwurfsvollen Auftreten der Bevölkerung den verbündeten Armeen gegenüber vertragen. 3. Der Eintritt in das besetzte Gebiet oder der Austritt aus dem unbefestigten Deutschland kann denjenigen Personen gewährt werden, die von einer deutschen Verwaltungsbehörde mit einem Gesuch um Ausstellung eines Passes verliehen sind. Der Oberbefehlshaber der Armeen prüft diese Gesuche. Das Telegramm ist unterzeichnet von dem Oberkommandierenden in Mainz, General Mangin.

### Sperzung des Rheinbrückeverkehrs zwischen Mannheim und Ludwigshafen.

Mannheim, 2. Januar. Der Rheinbrückeverkehr zwischen Mannheim und Ludwigshafen ist seit dem 1. Januar momentan gesperrt. Die Brücke darf nur gegen Ausweis passiert werden.

### Die Vorbereitungen für die Friedenskonferenz.

Berlin, 2. Januar. Die "Deutsche Allg. Zeit." schreibt über die Vorbereitungen für die Friedenskonferenz: Wie wir von zuständiger Seite erfahren, nehmen die von der Reichsregierung angeordneten Vorbereitungen für die Friedenskonferenz einen guten Fortgang und dürften demnächst zum Abschluß gelangen. Der Schwerpunkt der Arbeiten liegt natürlich bei dem Auswärtigen Amt, wo das außerordentlich umfangreiche Material von der politischen, handelspolitischen und der Rechtsabteilung bearbeitet wird. Außerdem nehmen aber auch andere zahlreiche Reichsämter und sonstige Behörden, namentlich das Reichsamt des Innern, das Reichswirtschaftsamt, das Reichschaufamt, das Reichsgeundheitsamt, das Reichsmarineamt und das Kriegsministerium an diesen Arbeiten teil. Für besondere Fragen technischer Natur sind sehr zahlreiche namhafte Sachverständige zur Mitarbeit herangezogen worden.

Berlin, 2. Januar. Die Pariser Zeitungen berichten, daß sofort nach der Rückkehr Wilsons aus Italien die Verbündeten die Friedensprozedur besprechen und ihr Programm ausarbeiten werden. Diese Verhandlungen würden zweifellos in der ersten Hälfte des Januar stattfinden. Selbst wenn erfüllt werde, daß die Verbündeten völlig einig seien, so könnte der Frieden erst an dem Tage unterzeichnet werden, an dem Deutschland seine innere Lage wiederhergestellt haben werde.

Prag, 2. Januar. Die Friedensdelegation der tschechoslowakischen Republik wird sich am Montag zu den Friedensverhandlungen nach Paris begeben. Heute stand hier eine Beratung im Ministerrat statt.

London, 2. Januar. Wie die "Evening Post" meldet, wird ein großer Teil der britischen Delegation zur Friedenskonferenz am nächsten Sonnabend nach Paris abreisen. Der britischen Delegation werden außer Lord George, Balfour und Hon. Sir H. B. noch angehören Lord Hardinge, ferner vom Auswärtigen Amt Sir William Thorne, Sir Lewis Waller für kürzliche Angelegenheiten, Sir G. Howard für Angelegenheiten, Rodeeuropas, Ralph Bagot für Balkanangelegenheiten und Sir Syre Crewe für westeuropäische Angelegenheiten. Es wird auch eine zahlreiche Abordnung vom Kriegsamt, von der Admirälmutter und vom Lustamt dazu gehören.

### Ergänzung der Verordnung über die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung.

Berlin, 2. Januar. Der "Reichsangeiger" veröffentlicht eine Verordnung zur Ergänzung der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 28. Dezember 1918. Danach sind die ab gehörenden des Heeres und der Marine, die vom 7. Januar 1919 ab aus dem Felde heimkehren, ohne Eintragung in die Wählerlisten auf Grund einer Bescheinigung über ihre Heimkehr dort zur Wahl zugelassen, wo sie sich am Wahltage aufzuhalten. § 10 Absatz 1 des Reichswahlgesetzes findet keine Anwendung. Bescheinigungen über die Heimkehr dürfen nur für Wahlberechtigte ausgestellt werden. Die Bescheinigungen müssen vor und Zusammensetzung, Alter, Stand oder Gewerbe und Wohnung des Heeres- und Marineangehörigen sowie die Angabe enthalten, daß er erst nach dem 6. Januar 1919 aus dem Felde heimkehrt. Sie werden von dem nächsten dienstlichen Vorgesetzten in der Stellung mindestens eines Kompanieführers oder an Bord vom Kommandanten nach vorgeschriebenem Muster ausgeholt. Der Wahlvorsichter oder sein Stellvertreter hat die Bescheinigung dem Wähler vor der Ausübung des Wahlrechts abzunehmen. Die Bescheinigungen werden dem Wahlprotokoll beigelegt. Ihre Zahl wird in dem Abschnitt des Wahlprotokolls über die Zahlung der Wahlumsätze vermerkt. — In Ergänzung des § 9 Absatz 1 des Reichswahlgesetzes wird folgendes angeordnet: Wahlberechtigte Beamte und Arbeiter in Staatsbetrieben, die ihren dienstlichen Wohnsitz im Auslande haben, sowie die wahlberechtigten Angehörigen ihres Haushandes sind auf Antrag in die Wählerliste der zunächstgelegenen deutschen Gemeinde einzutragen, auch wenn die Auslegungstritts vertritten ist.

### Entscheidung des Zentralrates der sozialistischen Republik Deutschlands.

Berlin, 2. Januar. In der heute stattgefundenen Sitzung des Zentralrates der sozialistischen Republik Deutschlands wurde zunächst die Frage erörtert, ob eine Anzahl vom Reich erbauter Dampfer an Privatreedereien verlaufen werden oder zum Zwecke der Gründung einer staatlichen Schifffahrt zurückgehalten werden soll. Zur Rücksicht auf die Wichtigkeit der Frage wurde eine Kommission mit der Weiterberatung betraut. Diese hat die Aufgabe, mit dem Reichsmarineamt in Verbindung zu treten, um geeignete Vorschläge unterbreiten zu können. Weiter wurde beschlossen, daß die von dem bisherigen Volkszugrunde geschaffenen Einrichtungen vom Zentralrat nicht übernommen werden.

### Zusammenkunft der deutschen Finanzminister.

Berlin, 2. Januar. Der Staatssekretär des Reichsfinanzamts hat die Chefs der einzelstaatlichen Finanzressorts zu einer gemeinsamen Erörterung der schwierigen Finanzfragen auf Freitag, den 10. Januar, in das Reichsfinanzamt eingeladen. In vertraulicher Aussprache sollen insbesondere die bisherigen Maßnahmen der Reichsleitung und ihre Steuerpläne, das Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten, die Aufgaben der Nationalversammlung und die finanzpolitischen Teile der zukünftigen Reichsverfassung behandelt werden.

### Graf Brodorff-Kauhan zum Austritt seines Amtes.

Berlin, 2. Januar. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Graf Brodorff-Kauhan, hat nach Übernahme seines Amtes einem Mitarbeiter des W. T. B. folgendes erklärt:

Mein Verbrechen wird kein Wahnsinn und Offenheit dem eigenen Volke wie dem Auslande gegenüber. Das deutsche Volk soll im Augenblick keine innere Gedanke und Würde bewahren. Selbst-

ständigkeit wie Unabhängigkeit vermissen. Bei meinem Zeile hierzu beziehen, bis ich aufgetreten. Den Frieden will ich verbünden als einen Frieden des Rechtes. Einen Frieden der Gewalt, der Vernichtung und Verfolgung lehne ich ab. Rache und Grausamkeit verbünden die Menschheit als einen Verlust des Menschen, ich den mir der Mensch des Menschen Programms folgenden Verpflichtungen zu entziehen. Die Beleidigung ist ebenso unverbührbar wie der Glaube trivialisches ist, das Deutschland der Revolution werdet sich demütig den Forderungen der reinen Gewalt hingeben.

Solang ich an dieser Stelle stehe, wird dafür gesorgt werden, daß Deutschland seine Befreiung gewissensfrei einholen, aber nicht um die Freiheit eines Hauses über das hinausgeht, was es als Recht erlangt hat. Ein Gewehrrecht der Völker ist das Recht der Selbstbestimmung. Unsere Gegner haben es nicht nur anerkannt, sondern zum Kampfzweck gemacht. Deutschland erkennt es gleichfalls an, fordert es aber auch für sich. Wenn der Grundschweden jetzt: "Der Klassen den Soldatensturm", so wird es auch verstehen müssen: "Deutschland den Deutschen!"

### Austritt des Admirals Scheer.

Berlin, 2. Januar. Dem bisherigen Chef des Admiralstabes der Marine Admiral Scheer ist der nachgeschlagte Abschied mit der gesetzlichen Pension bewilligt worden.

### Hindenburg gegen die Beschlüsse des Kongresses der Arbeiters- und Soldatenräte.

Berlin, 2. Januar. Das vertrauliche Telegramm Hindenburgs an das Armeeoberkommando Oberost, das sich gegen die Beschlüsse des Rätekongresses wendet, hat der "Freiheit" zu folgenden Wortlaut:

Ich erkenne die von dem Kommandeur des Arbeiter- und Soldatenräte gefaßte Resolution betreffend Verordnung über das Heerwehr, insbesondere betreffend die Stellung der Offiziere und Unteroffiziere, nicht an. Ich bin der Ansicht, daß eine solche tief in das Leben der Nation und des Heeres einwirkende Veränderung nicht von einer einseitigen Ständevertreterin, sondern nur von der durch das ganze Volk verfassten Nationalversammlung getroffen werden kann.

Das Heer steht nach wie vor zu der Regierung über und erwartet von dieser Regierung, daß sie die von ihr gegebene Befreiung über den Standpunkt des Heeres und die Maßnahmen über die Befreiung der Betriebsräte des Heeres möglicherweise annehmen und dadurch dem Offizier- und Unteroffizierkorps ermöglicht, weiter Dienst zu tun. Ich bin in diesem Sinne bei der Regierung vorsichtig geworden. Es bleibt deshalb bei den bisher gegebenen Befehlen.

### Russisches Gericht über eine Kriegserklärung an die russische Räterepublik.

Berlin, 2. Januar. Der frühere Botschaftsbeamte Barth hat nach Zeitungsberichten in einer Versammlungsrede gehabt, während seiner Befreiungskampagne zur Regierung habe er eine Kriegserklärung an die russische Räterepublik verschickt. Wie der Herr Barth zu dieser Äußerung kommt, ist völlig unverständlich. Denn eine solche Kriegserklärung ist weder beabsichtigt gewesen, noch erwartet worden.

### Einspruch der Reichsregierung gegen das Eindringen Nadel in Deutschland.

Berlin, 2. Januar. Aus Anlaß des unbefugten Eindringens von Nadel und Geossen nach Deutschland hat die deutsche Regierung folgenden Funktum nach Moskau gerichtet: Vor einigen Tagen ist das Nadel, der Chef der russischen Propaganda, nebst einigen Genossen unter Umgebung der Grenzkontrolle in Berlin eingetroffen und ist in einer Versammlung für den Bürgerkrieg in Deutschland und die Wiederaufnahme des Kampfes gegen den Verband eingetreten. Nadel und seine Genossen werden die Folgen ihres unerlaubten Schrittes zu tragen haben. Die deutsche Regierung aber sieht sich genötigt, gegen das Eindringen der russischen Vertreter nachdrücklichen Einspruch zu erheben. Das Gehalt Nadel wird sie darin bestätigen, der Zulassung von Vertretern der russischen Sowjetregierung auch jenseitlich Widerstand zu leisten. Jerner hat sie an Oberost, den Befehlshabern der Ostfront sowie sämtliche Soldatenräte im Osten folgendes Telegramm gerichtet: Der bekannte Chef der russischen bolschewistischen Propaganda und bolschewistische Agitator Nadel ist vor einigen Tagen mit anderen bolschewistischen Vertretern in Berlin eingetroffen und hat hier in einer Versammlung der Spartakuspartei öffentlich für den Bürgerkrieg in Deutschland und die Wiederaufnahme des Kampfes gegen den Verband gemeinsam mit den Bolschewisten geplaudert. Die russischen Vertreter haben es augenscheinlich verstanden, sich der Grenzkontrolle in unbedrängter Weise zu entziehen. Wir bitten, zu untersuchen, wie das möglich gewesen ist, und erzählen, mit allen Kräften darauf Bedacht zu nehmen, daß der Grenzschub auch in dieser Beziehung nicht nachläßt und daß alles dafür getan wird, um das Eindringen der Anarchie in Deutschland zu verhindern.

### Keine Tschechen-Gefahr für Sachsen.

Dresden, 2. Januar. Mitglieder des Dresdener Arbeiter- und Soldatenrats haben das nordböhmische Grenzgebiet bis in die Gegend von Reichenberg bereist mit dem ausschließlichen Zweck, sich zu erkundigen, inwieweit sich die sogenannten Meldepflichten über einen beobachteten Einfall der Tschechen auf sächsisches Gebiet bewähren. Sie haben dabei überall feststellen können, daß von tschechischer Seite Vorbereitungen für einen Einfall in die Tscheche nicht zu beobachten sind. Damit bestätigen sich die beruhigenden Mitteilungen des Volksauftrags Lippe. Immerhin bleibt zu fragen, obwohl was denn die starken tschechischen Zusammenziehungen an der sächsisch-böhmischem Grenze zu bedeuten hatten, die entsprechende Gegenmaßnahmen von sächsischer Seite ausgelöst.

**Der Verband gegen die Besetzung preußischer Gebiete durch die Polen.**

Rotterdam, 2. Januar. "Morning Post" meldet aus Paris: Die verbündeten Kabinette haben die Verhandlungen über die polnische Frage aufgenommen. Der Polenstift wird im Osten von den Verbündeten gegebenenfalls erzwingen werden. Die polnische Besetzung im preußischen Grenzgebiet ist zwar nur die Folge der preußischen Gewaltspolitik gegen die Polen, sie liegt aber nicht im Interesse der Verbündeten, die mit aller Energie verlangen, daß der Polenkrieg in den Grenzgebieten aufhört. "Daily News" und "Daily Telegraph" rufen die Polen gegen die Besetzung preußischer Gebiete durch die Polen vor der Friedenskonferenz

und verlangen die Wiederherstellung des früheren Zustandes durch die Machtmittel der Verbündeten.

### Übergriffe gegen deutsch-österreichische Schörden in München.

München, 2. Januar. Der Minister bei Außen, Kurt Eisner, teilt mit, daß vom Ministerium des A. ä. eine Depesche an den Staatssekretär des Auswärtigen in Wien abgesandt worden ist des Inhalts, in der Nacht vom 1. zum 2. Januar habe der Geschäftsführer des Bundes der Deutschtürkische in München, Karl Mandel, mit Hilfe bayerischer polizeilicher und militärischer Nachtmannschaft sowohl die österreichische Gesandtschaft wie das österreichische Konsulat besetzt. Eisner habe auch in der Nacht persönlich die Besetzung der Gesandtschaft und des Konsulats beobachtet und die Gesandtschaft unter seinem Schutz gestellt. Wegen dieser Völkerrechtsverletzung bitte er die Regierung Deutschtürkische um Entschuldigung. Die von ihm vertragte Verhaftung Mandels sei wieder aufgehoben worden, da der bisherige österreichische Gesandte, Graf Brusiloff, selbst erklärt habe, er lege auf die Verhaftung keinen Wert.

### Wiederherstellung der Ordnung in Polen.

Posen, 2. Januar. In der Nacht zum 1. Januar um 3 Uhr sind Paderewski sowie die beiden Mitglieder der englischen Kommission Oberst Wade und General Langmore sowie Major Iwanowski von der polnischen polnischen Armee aus Posen in die Richtung nach Warsaw abgereist. Der Kommandeur Rawlings, das dritte Mitglied der Kommission, fuhr über Berlin nach Spa mit einem Bericht für die Waffenstillstandsmission. In Ostrowo sind Bahnhof, Post, Polizei, Banken und alle öffentlichen Gebäude in polnischer Hand. Heute trat eine Spezialkommission zusammen, die das gesamte militärische Inventar übernahm. Auch in Stettin wurde alles in polnischen Händen. Paderewski ist ebenfalls von den Polen befreit. Auch der Truppenübungsplatz Warthe-Lager ist von polnischen Abteilungen besetzt worden. In der Stadt Posen waren alljährlich geordnete Zustände ein. Der Post- und Fernsprechbetrieb ist in vollem Umfang wieder aufgenommen worden. Das "Posener Tageblatt" und die "Ostdeutsche Rundschau" dürfen von Sonnabend früh ab wieder erscheinen.

### Ruhe im Regierungsbezirk Bromberg.

Bromberg, 2. Januar. Vom Bollzugsausschuß Bromberg geht uns folgende Mitteilung zu: Im Regierungsbezirk Bromberg sind durch Verhandlungen des Bollzugsausschusses Bromberg mit Gnezen die Differenzen beigelegt worden. Die Verhandlungen werden in hohem Maße fortgesetzt. Ruhe und Ordnung ist somit wiederhergestellt.

### Zum Auftreten Paderewskis in Polen.

Berlin, 2. Januar. Der Vorsitzende der englischen Delegation in Spa, General Haking, hat an den englischen Oberstleutnant Wade, zurzeit in Polen, folgendes Telegramm gerichtet: Ich habe vom englischen Auswärtigen Amt Auftrag erhalten, Sie anzusehen. Ihre Reise nach Warschau ohne Aufschub fortzusetzen. Beleidigen Sie den Empfang, General Haking, britische Delegation in Spa.

Dem Oberstleutnant Wade war deutliche Weise gemeinsam mit Paderewski freies Geleit ausdrücklich für die Reise Danzig-Warschau gewährt worden. Beide hatten sich aber trotz deutscher Einsprüche nach Polen begeben und halten dort, wie die deutsche Regierung es den Verbündeten unter Ablehnung der Verantwortung vorausgesagt hatte, deutschfeindliche Kundgebungen veranlaßt, indem sie unter bewußter Entstehung der Zustände dem Stellvertretenden Generalstabschef in Polen mitteilten, ihr Aufenthalt in Polen vollzieht sich im Einverständnis mit der deutschen Waffenstillstandsmission. Mit dem stützenden Befehl zur Weiterreise ist endlich der deutschen Forcerung genügt geleistet worden, daß Wade und Paderewski das deutsche Reichsgebiet unverzüglich verlassen sollen.

### Die weitere Entwicklung der inneren Lage.

#### Die Kandidaten der Deutschen Volkspartei im ostpreußischen Wahlkreis.

Die Deutsche Volkspartei hat im ostpreußischen Wahlkreis folgende Kandidaten aufgestellt: 1. Staatsminister a. D. Dr. Heinz-Pischwitz, 2. Staatsminister a. D. Dr. Koch-Dresden, 3. Fr. Dr. Otto Schutze-Dresden, 4. Oberlehrer Sättler, Vorsitzender des Sächsischen Lehrervereins, Dresden, 5. Fabrikbesitzer Otto-Friedberg, 6. Kaufschuhbauer Prof. Dr. Bergemann-Böbau, 7. Arbeitsselbstf. Gey-Dresden, 8. Gymnasialprofessor Dr. Höhne-Wießen, 9. Postdirektor Hermann-Dresden, 10. Fabrikbesitzer Dr. Luther-Dresden, 11. Kaplan Scheffel-Dresden, 12. Oberbürgermeister Blücher-Dresden.

#### Die Kandidaten der Zentrumspartei im 28. Wahlkreis.

Die Zentrumskandidaten zur deutschen Nationalversammlung für den 28. Wahlkreis, umfassend die früheren sächsischen Reichstagswahlkreise 1-9, sind: 1. Reichsgerichtsrat Bülau-Leipzig, Leipziger Straße 1, 4. 2. Gutobiger Rech in Mittig b. Panschwitz, 3. Platzel-Dresden-Alstadt, Christianstraße 31, 4. (Vorsteher des Rath. Arbeitervereins zu Dresden-N.). 4. Bürgermeister Lorenz-Sillau, Leipziger Straße 31, 5. Oberlehrer Kühn-Hille, Kirchhauseleiter in Großwitz, Bez. Dresden, 6. Postdirektor Tholozowski-Dr. Löben-N. Nordstraße 21, 7. Pfarrer Kreichmetz-Ehrlsdorf, 8. Hauptlehrer Hefele-Dresden-N., Holbeinstadt 46, 9. Fr. Dr. Brütscher, Studentin der Sozialwissenschaft, Löditz 6, Tonna, 10. Dampfwaschanstaltbesitzer Stolle-Dresden-N., Großenhainer Straße 140, 11. Scheffel, Fabrikarbeiter in Ruhdorf b. Ostritz i. Sa., 12. Kaufmann Härtel-Bischöfswerda.

#### Vertreibung des Streiks in den oberschlesischen Gruben.

Dresden, 2. Januar. Wie wir von einer von dem Berg- und Hüttenmannschen Verein nahegelegenden Seite erfahren, ist der Streik auf den oberschlesischen Gruben beigegangen. Die Arbeit wurde heute wieder wieder aufgenommen, zuerst in der Dubenka-Grube, im Südbrevier und in der Kleopha-Grube im Rottendorfer Revier.

Kattowitz, 2. Januar. Der Bergarbeiterstreik auf dem Gotthardschacht, den Gruben Hohenholzen, Paulus, Oheim, Mo, Tann, Tann, Schliffen, Ludwigsglück, Hedwigswalde, Czeladz, Brandenburg, Graf Bran-

**Abwehr, Ausforcio, Frieden sowie auf den Schichten** hilfesuchend, Wenzel, Niedenborn und Gräfin Johanna ist am 31. Dezember erloschen. Gestellt wird noch auf Skopos und Dubenko, wo insgesamt etwa 2600 Arbeiter ausständig sind. Zu terroristischen Ausschreitungen ist es nicht mehr gekommen.

#### Ende des Streikes im Ruhrgebiet.

**Eisen, 2. Januar.** Der Bergarbeiterkreis auf den Schachtanlagen der Gute-Hoffnung-Ghütte ist heute früh in der Hauptstrecke bereit. Die Betriebsstellen sämtlicher Schachtanlagen mit Ausnahme der Schächte von Oberhausen sind heute wieder angefahren.

**Berlin, 3. Januar.** Zur Belebung des Strohs im Ruhrgebiet wird in der "Deutschen Allg. Zug." von einem Teilnehmer an der Mülheimer Konferenz mitgeteilt: Die Streikenden scheuen keine Gewalt. Es kann sogar zu Schießereien. Die Streikenden haben jetzt die Arbeit wieder aufgenommen und bereits soviel sind die Reparaturarbeiter und Montag die gesamte Belegschaft vollständig eingeführt.

#### Kellnerkreis in Berlin.

**Berlin, 2. Januar.** Die "B. J. am Mittag" teilt mit: Der Kellnerkreis hat als Gegenmaßregel die Sperrung der Unternehmer erbracht. Die Gasthausbetriebe und großen Gastronomiebetriebe bleiben geschlossen. In den Hotels werden nur Gäste aufgenommen, die von Doktoren besucht werden. Die Zahl der freiliegenden und ausgesperrten Kellner, Köche und des Gastronomiepersonals wird heute auf rund 15.000 berechnet. Hierzu kommen noch die arbeitslosen Kellner, deren Zahl auf 100 berechnet wird. In Kreisen der Arbeitnehmer herrscht keine Einigkeit. Viele sind empört über das Vor gehen des Verbandes der Gastwirtschaft, der nach ihrem Ermeben nicht frei handelt, sondern unter dem Druck von Spartakusleuten. Neben dem gewerkschaftlichen Verband besteht bereits ein Arbeitsrat der arbeitslosen Gastronomiegeschäften, der sich der Bewegung immer mehr bemächtigt.

#### kleine politische Nachrichten.

**München, 2. Januar.** Über neue Verhaftungen berichtet die "Münchner Abussern Zeitung": Am Abend des Neujahrsabends wurde und von Soldaten unter den bestürzten Drohungen gegen die angrenzenden Wohnhäuser berichtet, daß der gesamte Feld-Soldatenkasten des Infanterie-Leibregiments, seiner Oberst v. Epp sowie zwei weitere Offiziere des Regiments aus Befehl Eisners verhaftet wurden. Die beiden Offiziere seien dem Militärgericht überreicht worden.

**Berlin, 2. Januar.** Amtlich. Der Reichsaußenminister für das Wohnungswesen, Scheidt, ist auch zum preußischen Staatskommissar für das Wohnungswesen bestellt worden.

**Berlin, 2. Januar.** Die Mitglieder der Vereinigung von Berliner Banken und Bankiers sind dahin übereinkommen, ausgeschütt der zurzeit noch nicht überbaubaren Machtlage bis auf weiteres Staatsanleihen oder Anteilen von Kommunen oder Kommunalverbänden nur zum kommissionären Weise Berlau zu übernehmen.

**Berlin, 2. Januar.** Die "B. J. am Mittag" meldet aus Köln: Auf Anlaß eines Überfalls auf den Bürgermeister des benachbarten Ortes Schlebusch sind von der britischen Besatzungsbehörde außer den Toten 128 Mitglieder des Arbeiters- und Soldatenrates sowie einige Personen, die mit diesem in näheren Beziehungen standen, verhaftet und nach Köln geschafft worden. Die Verhaftungen sind erfolgt, ohne daß von den deutschen Behörden irgendwelcher Ernsthaft ausgeht wurde. Bei einem Streit in einem industriellen Werk in Oberkassel bei Düsseldorf, an dem sich etwa hundert Arbeiter beteiligten, hat die belgische Besatzungsbehörde eingegriffen und den Führer, der mit den belgischen Behörden verhandeln sollte, verhaftet und nach Belgien geschafft.

#### Ausland.

##### Die Zukunft Deutsch-Ostreichs.

**Wien, 1. Januar.** Staatskanzler Reuter äußerte sich in einem Gespräch mit einem Redakteur der "Neuen Freien Presse" über die Zukunft Deutsch-Ostreichs und führte aus: Die großen Demokraten des Westens werden es sich wohl überlegen, indem sie den Frieden wollen, die Saat neuer Kriege auszusteuern. Wir glauben das nicht und werden es solange nicht glauben, bis wir das Diktat des Siegers in den Kongressbeschlüssen sehen, auch dann werden wir nicht verzweifeln, wenn sie ihre junge Macht nicht dazu benutzen wollen, unsere Rechte zu tragen und das deutsche Land und Volk sich hörig zu machen. Schweres Unrecht wird uns angehen, dadurch, daß große und wichtige Teile unseres Siedlungsgebietes besetzt und mit Einverleibung in fremde Staaten bedroht werden. Die Deutschen Ostreichs werden ebenfalls ein Einbeiglied zwischen Italienern und Jugoslawen, wie zwischen dem Westen und dem Osten bleiben, nicht nur als Kulturrücke zwischen dem Verband und dem ganzen Südosten Europas, sondern auch in wirtschaftlicher Beziehung. Mit Südtirolerinnen können und wollen endlich anfangen. Deutsche können wir sein, und wir werden uns nicht nur besser zu unseren Nachbarn stellen, sondern auch ein ausgleichendes Element zwischen den Südsüddeutschen und den norddeutschen Art werden.

**Einspruch der steiermärkischen Landesversammlung gegen Maßregeln des Befehlshabers der südlawischen Truppen in Untersteiermark.**

**Graz, 2. Januar.** (Wien, Korresp.-Büro.) Amtlich wird mitgeteilt: Wegen der Anordnung des Befehlshabers der südlawischen Truppen in Untersteiermark, Generals Majstros, 21 angehende Warburger Bürger, darunter den Abgeordneten Wokan, als Gehör der südlawischen Regierung zur Versorgung zu stellen, begaben sich heute die Landesschulräte Raan und Minleben auf Besuch der steiermärkischen Landesversammlung zu Majstros nach Marburg, wo sie gegen diese den Grundzügen des Südlawenturts widersprechenden Maßnahmen die entschiedenste Verwahrung, besonders bezüglich Wokans einlegten, da dieser noch Graz zuständig sei. Majstros berief sich zur Begründung seiner Maßnahme auf das zugegangene Drohblatt. Die Vertreter der steiermärkischen Landesregierung traten dieser Begründung entgegen und erachteten um Aufhebung der betr. Wokan auf und sagten bezüglich der anderen Gehörigen eine Entscheidung zu.

##### Graf Karolyi über die Lage Ungarns.

**Budapest, 2. Januar.** Nach einer Meldung des ungar. Tel.-Korresp.-Büro, wird der Ministerpräsident Graf

Károlyi in seiner Antwort auf die Neujahrsbefragung politischer Freunde in einer vom Tage der Eröffnung getragenen Rede darauf hin, daß Ungarn den großen Willen des Wilsonschen Princips mit dem nationalen Gedanken in Einstellung bringen müsse, um das Land vor dem Abgrunde zu retten. Sei die Welt aber jetzt nicht empfänglich für die große Idee des Princips, so möge in Ungarn eine andere Regierung die Leitung der Geschäfte übernehmen. Graf Karolyi betonte jedoch die Gebieteintegrität Ungarns in wirtschaftlichem Sinne und sagte, daß sich die Völker Ungarns auf wirtschaftlicher Grundlage vereinigen müßten. Die schwierigen Fragen der inneren Politik würden sich bald durch die Wahlen entscheiden. Die Regierung werde den Vertrag mit den Sozialisten getrennt einkallen, könnte aber in einer etwaigen konservativen Parteiherrschaft, wiewohl sie daran nie teilnehmen würde, schmälerwegs ein gegenrevolutionäres Symptom erblieben.

##### Die Tschechen in Preßburg.

**Budapest, 2. Januar.** Das ungarische Kriegsministerium meldet amtlich: Die Tschechen sind am 1. Januar abends in Preßburg eingezogen.

##### Antislawische Kundgebungen in Triest.

**Ljubljana, 2. Januar.** Wie aus Triest gemeldet wird, fanden dort am 29. Dezember nach einer Versammlung der italienischen Universitätsjugend, in welcher der Anschluß von Istrien und ganz Dalmatien an Italien gefordert wurde, antislawische Kundgebungen statt, in deren Verlauf der Bischof Kulin und sein Sekretär bedroht und die Rangsteine der Geistlichen vernichtet wurden. Im Gebäude des slowenischen Blattes wurde Sachschaden angerichtet und die slowenische Fahne verbrannt.

**Freigabe eines Guhabens der Royal von Finnland in England.**

**Kopenhagen, 2. Januar.** "Berlingske Tidende" meldet aus Stockholm: Nach Telegrammen aus Helsingfors gab die englische Regierung das Guhaben von 7 Mill. Pf. Sterl. frei, das die Royal von Finnland in England stehen hatte und das bisher von der englischen Regierung zurückgehalten wurde. Der Betrag wird nun zur Bezahlung von Water verwandt, die Finnland in England läuft.

##### Die Belagerung Konstantinopels durch Verbündeten.

**London, 2. Januar.** Das Reuter'sche Bureau erklärt, daß ein französisches Bataillon zur Belagerung von Istanbul und ein englisches zur Belagerung von Pera bestimmt wurde. Man erwartet, daß noch ein anderer Stadtteil von Konstantinopel durch italienische Truppen besetzt werden wird.

##### Die Lage in Estland.

**Stockholm, 2. Januar.** Amtlicher Bericht aus Estland vom 30. Dezember. Untere Truppen bombardierten am Morgen die feindlichen Batterien des Dorfes Kolga, die zum Schrotteien gebracht wurden. Kontingente landeten auf den Halbinseln Innume und Paripõ, sammelten sie vom Feinde und brachten Gefangene ein, unter denen sich ein Major befand.

##### Zu den Nieder-Pichon und Clemenceau.

**Berlin, 1. Januar.** Die Pariser Zeitungen besprechen die Nieder-Pichon und Clemenceau. "Humanité" erläutert in einer kurzen Notiz, nach Pichon habe auch Clemenceau die Wilsonschen Grundsätze zu diskreditieren versucht.

##### Clemenceau und die Wilsonschen Grundsätze.

**Paris, 2. Januar.** Clemenceau sagte in seiner Rede, unser ungeheuerer Sieg darf nicht um seine moralische Wirkung zum Wohle der Menschheit gebracht werden. Auf die Wilsonschen Grundsätze zurückkommend, erklärte Clemenceau, daß sie nicht immer mit den leichten über einstimmen. Wilson sehe nicht wie einer, dessen Band vier Jahre lang vernichtet worden sei. Alte Ungerechtigkeiten seien wieder gutzumachen. Aber ich zweifle, lagte Clemenceau, ob wir alle gut machen können. Denn wir und auch Sie, auf die Sozialisten zeigend, sind nur Menschen. Die Rede Clemenceau wurde mit brausendem Beifall aufgenommen. Nur die linksdörfalen und jugoslawischen Deputierten hielten sich in eisiges Schweigen. Nach der Rede Clemenceau, die um Mitternacht endete, ging die Sitzung bis morgen weiter.

##### Die Verlängerung des französischen Parlaments.

**Paris, 1. Januar.** (Pariser Meldung.) Der Senat vertrat sich heute bis zum 14. Januar.

— Die Kammer nahm die vom Senat zurückgelassene Haushaltssvorlage unverändert an und vertagte sich dann ohne Besitzfestigung.

##### Präsident Wilson in Frankreich.

**Paris, 2. Januar.** (Agence Havas.) Präsident Wilson will am 6. oder 7. d. R. hierher zurückkehren, worauf die ersten Besprechungen zwischen den Verbündeten am Quai d'Orsay stattfinden werden.

**Paris, 2. Januar.** (Reuter.) Mr. und Frau Wilson sind gestern abend nach Italien abgereist.

**London, 2. Januar.** Das Reuter'sche Bureau meldet aus Bern: Präsident Wilson soll wissen, daß es ihm wegen anderer Verpflichtungen nicht möglich sein werde, die Schweiz zu besuchen.

**Paris, 2. Januar.** "Echo de Paris" meldet aus Washington: Falls nicht unvohergesehene Ereignisse eintreten, wird Präsident Wilson sich am 10. Februar nach Amerika einschiffen.

##### Bevorstehendes Eintreffen britischer Staatsmänner in Paris.

**Paris, 2. Januar.** "Echo de Paris" soll Lloyd George vor Ende der Woche hier eintreffen.

**London, 2. Januar.** (Reuter.) Eine amtliche Erklärung bestätigt die Meldung des "Evening News" über die britische nach Paris abgehende Abordnung und fügt hinzu: Lloyd George und Bonar Law werden erst ungeduldig Mittwoch nächster Woche abreisen. Vallout befindet sich bereits in Frankreich. Man nimmt an, daß die Konferenz am 13. Januar beginnen wird.

##### Die Truppenentlassung in Großbritannien.

**London, 2. Januar.** Wie das Reuter'sche Bureau von zuständiger Seite erhält, sind bei der Truppen-

entlassung in Großbritannien die Größe der britischen Armee, die gegenwärtig unterschieden werden muß, die Entlassungsmaschine und die wirtschaftliche Lage in der Heimat zu berücksichtigen. Die Größe der Armee ist von hoch in Beratung mit den anderen Ländern, welche die Front in Frankreich halten, festgestellt worden; hinsichtlich der Entlassungsmaschine wird gegenwärtig die Methode angewandt, durch Einzelentlassungen den Unterschied von der Entlassung nach Einheiten auszugleichen, wobei sowohl wie möglich Männer ausgewählt werden, die für die Industrie am nötigsten sind. Natürlich ist, so erklärt das Reuter'sche Bureau, die Entlassung einer Armee und Flotte von etwa 7 Mill. Mann durch Einzelentlassungen eine ungemeine Aufgabe. Es muß betont werden, daß gegenwärtig nur Waffenstillstand, nicht aber Frieden besteht. Später wird es vielleicht möglich sein, so vorzugehen, daß man die Armee ihnen nach Hause bringt und dort entlässt.

##### Die Politik des britischen Innern.

**London, 2. Januar.** In einer Unterredung mit einem Vertreter des "Daily Chronicle" schildert Lord Barnes die Politik, die das britische Innernamt vertritt. Es soll ein internationales Vereinbarung getroffen werden, um eine angemessene Belebaltung für die Arbeit zu erwirken. Ihre Vorschläge werten erstmals, daß die Einführung von Warten, die unter Ausbeutung der Arbeitnehmer hergestellt seien, unter allgemeiner Zustimmung in Betrieb gebracht werden müsse. Ferner sei die Sozialversicherung in allen Ländern notwendig. Es müsse auch ein Mindestlohn von Stundenlohn in allen Ländern beobachten und den Arbeitern der Lohn auch für die Feiertage gewährt werden. Die Friedenskonferenz werde aufgefordert werden, dem Grundsatz einer internationalen Arbeitsordnung zuzustimmen. Dann werden die Angelegenheiten einem industriellen Ausschuß übertragen werden, der gleichzeitig und in Verbindung mit der Friedenskonferenz tagen wird.

##### Die Lage im Rohrgebiet von Wales.

**Amsterdam, 2. Januar.** "Allg. Handelsbl." zufolge erklärt die "Times" aus Cardiff: Es kann mit der Möglichkeit einer Unabhängigkeit im Rohrgebiet von Wales gerechnet werden, wenn nicht mit Talf vorgegangen wird. Die Bergarbeiter, die im Heeresdienst standen, werden zu schnell wieder entlassen und können nicht rasch genug wieder untergebracht werden. Als Folge davon steigt die Gefahr von Arbeitslosigkeit. Die Bergarbeiter erwägen durchgreifende Maßregeln, namentlich die Entlassung von vielen tausend Arbeitern, die seit August 1914 in den Dienst traten. Eine ansehnliche Anzahl dieser Leute versucht, sich durch Arbeit in den Bergwerken dem Heeresdienst zu entziehen. Erste Anzeichen von Unzufriedenheit treten im The-da-Biet auf, wo 3000 Arbeiter streiken, um die Lage zu besprechen.

##### Die gefangenen Einsteiner.

**London, 2. Januar.** (Reuter.) Wie gestern abend nach den Verhandlungen zwischen dem Lordmayor von Dublin und dem irisch-katholischen Bischof Down erzählt wurde, werden die gefangenen Einsteiner, die seit dem 28. Dezember einen Flügel des Gefängnisses von Belfast besetzt hielten, in ihre früheren Quartiere zurückgekehrt. Ein Teil des Gefängnisgebäudes ist vollständig verbrannt.

##### Die Neuverwaltung Europas mit Lebensmitteln.

**London, 2. Januar.** "Daily Express" erklärt: Das Kriegsministerium erwähnt Lord Reading zum Oberkommissar, um die Maßnahmen der Verbündeten zur Neuverwaltung Europas mit Lebensmitteln zu leiten.

##### Der König von Dänemark über den Abschluß des Weltkrieges.

**Kopenhagen, 2. Januar.** Bei der Salatsel am Neujahrsabend sagte der König u. a.: Das entschuldigte Jahr brachte den Abschluß des Weltkrieges, aber die Wellen gehen noch hoch. Wir können nur wünschen, daß die großen sozialen Fragen in Beträchtlichkeit gelöst werden und daß nicht Streit- und Gewaltaktionen innerhalb der Gesellschaften die Wunden vergroßern, die der Krieg schon geschlagen hat. Uns, die wir von den Verherrlichungen des Krieges unberührt geblieben sind, fällt es schwer, zu verstehen, wie tief Vernichtung und Elend die Länder getroffen haben, aber wir können Mitleid fühlen mit denen, die leiden und gelitten haben, und uns mit denen freuen, die wieder in den Besitz des eigenen Landes kommen. Richtig der Tanzballe zu Gott werden wie nie das Verständnis vergessen, das uns seit jenen schweren Augusttagen 1914 bewiesen wurde und das auch uns den heimtückenden Tag verkündet, an dem unsere innigen Wünsche und unsere Sehnsucht zur Wiederkunft zu werden scheinen.

##### Wichtig von Verhandlungen zwischen den Niederlanden und Belgien.

**Brüssel, 2. Januar.** Wie die "Gazette de Bruxelles" berichtet, sind die Verhandlungen zwischen den Niederlanden und Belgien wegen Abgabe von Milchföhren gegen Lieferung von Kohlen dem Abschluß nahe, da die Niederlande anbieten, die ihnen zukommenden Kohlen selbst in Lüttich abzuholen.

##### Die internationale Lebensmittelkommission.

**Bern, 2. Januar.** Nachmittags trafen die Mitglieder der internationalen Lebensmittelkommission hier ein: Morgen beginnen die Verhandlungen.

##### Die Liga der Menschenrechte.

**Bern, 2. Januar.** Wie die Pariser Blätter melden, hat sich die Liga der Menschenrechte in zwei Teile geteilt. Aus Anlaß der Verlesung eines Berichtes über die deutsche Verantwortung kam es bei der letzten Sitzung zu einem heftigen Zusammentreffen. Einige Mitglieder protestierten gegen einen Abzug, in dem den Helden, die für Frankreich und für die Freiheit gefallen seien, der Dank ausgesprochen wird. Andere Mitglieder verliehen Empfehlungen über dieses Verhalten den Saal. Das Centralomitee hat beschlossen, mit den Protestanten zu brechen. Über die weitere Ausgestaltung dieser beiden Fraktionen ist noch nichts bekannt.

##### Die Beziehungen zwischen Italien und dem neuen Serbien.

**Bern, 2. Januar.** Der neue serbische Gesandte in der Schweiz, Jovanowitsch, erklärte in einer Unterredung

mit einem Vertreter der „Gazette de Lausanne“: Die Beziehungen zwischen Italien und dem neuen Serbien seien ein sehr ernstes Problem. Der Gesandte wies auf die italienischen Ansprüche an der dalmatinischen Küste hin und betonte, Italien würde, wenn es sich auf Kosten Serbiens imperialistisch erweise, in seiner Stellung als Großmacht und in seiner wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit bald getroffen werden. Serbien würde in diesem Falle Rohenerzeugnisse, Rohstoffe und Fertigwaren über Galoni in benachbarte Länder leiten.

#### Die Freigabe der beschlagnahmten amerikanischen Handelschiffe.

Amsterdam, 2. Januar. Das Niederland. Pressebüro „Radio“ meldet aus Washington: Der Vorsitzende des Schiffahrtsamtes der Vereinigten Staaten gibt bekannt, daß die Freigabe der beschlagnahmten amerikanischen Handelschiffe bis zu einem Gehalt von einschließlich 4000 Tonnen totes Gewicht mit Ausnahme gewisser Schiffe, die für militärische Zwecke benötigt werden, verschlossen wurde.

#### Meine politische Nachrichten.

London, 2. Januar. (Reuter.) Bei Sturmway scheiterte ein Dampfer mit 300 bewaffneten Seeleuten beim Einlaufen in den Hafen infolge Aufstossen auf ein Riff. Es gelang 50 Seeleuten, sich an Land zu retten. Viele von ihnen waren schwerverletzt. Man suchtet für die übrigen.

New York, 2. Januar. (Reuter.) An der Küste von Florida ist das amerikanische Hospitalschiff „Northern Pacific“ mit 1744 verwundeten und 705 unverwundeten Soldaten sowie 198 Schiffsmannschaften an Bord infolge Rebels gestrandet und in gefährlicher Lage.

Amsterdam, 2. Januar. Nach einer Rekordfahrt aus London ist das erste Schiff mit feindlichen Ausländern von Hull abgesunken.

Amsterdam, 2. Januar. Dem „Handelsblatt“ zufolge verneint der „Times“-Korrespondent aus Bern, daß die amerikanische Kommission für die Versorgung Polens mit Lebensmitteln am Montag von Bern nach Warschau abgereist ist.

#### Zeitungsstimmen.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ heißt es unter der Überschrift: „An Deutschösterreich“:

Es ist klar, daß Frankreich mit allen Mitteln seiner glänzend geschulten Diplomatie und Presse jede Verstärkung des Deutschstums zu hinterreiben strebt und daher einem wirtschaftlichen Zusammenschluß aller neuen Staaten der alten Donaumonarchie energetisch das Wort redet. Damit würden die österreichischen Deutschen dem Slowenium in alle Zukunft auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sein. Gerade dieses Projekt findet aber den schärfsamen und auch wohl begreiflichen Widerstand im Lager des Verbands selbst. Denn Italiens wirtschaftliche Pläne werden dadurch auf das empfindlichste durchkreuzt. Und seine geliebte Presse läßt keinen Zweifel daran, daß das italienische Volk durch die von Frankreich betriebene einseitige Unterdrückung der slowenischen Wünsche auf das schwerste verzweigt ist. Sie geht sogar so weit, die dauernde Festigung Frankreichs am Meer energisch zu befürworten. Und dazu gefallen sich immer wieder englische Stimmen, die bereit sind, den reindeutschen Charakter weiter Strecken Österreichs und ihrem Anschluß an das Reich als die gegebene Lösung nach dem Selbstbestimmungsrecht anzuerkennen. Darum wie da die Hände in den Schoß legen, dürfen wir Weltgenossen, die zu uns wollen, durch unsere Gleichgültigkeit zurückweisen? Waren nicht sie es, die in diesen ganzen schrecklichen Jahren den Bundesgedanken immer wieder beobachtet und mit dem Blute ihrer Befreiung unter den unglaublichen Schwierigkeiten an der Front und im Lande besiegt haben? Wir hören mit Freude, daß in nächster Zeit eine Vergütung der Reichsregierung erscheinen wird, die den Deutschösterreichern im Reich das Recht gibt, an unseren Wahlen teilzunehmen. Damit ist ein Anfang gemacht. Wir dürfen aber nicht dabei stehen bleiben. Belegen wir Deutschösterreich durch die Tat, daß wir in die hingestreckte Hand mit Begeisterung einschlagen. Nicht Millionen gute Deutsche, die im Kampfe um ihr Alles stehen, dürfen nicht verloren gehen. Wir brauchen sie.

Im Christianiaer „Dagbladet“ tritt der Stortingspräsident Bohwinkel in warmen Worten für den Frieden ein, um den jetzt die ganze Welt einen harten Kampf auszutragen.

In Deutschland sei das alte System völlig zusammengebrochen. Aber es sei in dem ungünstigen Lande anarchistische Zustände zu befürchten, wenn nicht Deutschland durch den Frieden die Möglichkeit für einen wirtschaftlichen und nationalen Aufbau erhalten. Leider zeigten über die Sieger hierfür kein wachsendes Verständnis. Im Gegenteil, jetzt predigte man offen den Gewaltfrieden, der nur Erwidderung und Rachegefühle bei den Siegern hervorruft und die Keime zu neuen Kriegen in sich tragen müsse. Aus allen Schichten der Kriegsführenden und Neutralen keige zu Wilson, von dem das Schicksal der ganzen Welt abzuhängen scheine, ein Rotschrei auf, daß er an seinen Bündnispartner festhalte, damit nicht all das Blut in diesen Jahren vergeblich gestopft sei. Bei dieser furchtbaren Lage könne niemand ratsäßiger Rückschau bleiben. Die norwegische Regierung sollte die Initiative ergreifen, damit der Storting zusammen mit den Nationalversammlungen der übrigen nordischen Reiche eine Einigung finde, in der der brennende Wunsch nach einem Frieden zwischen allen Völkern auf der Grundlage von Wilsons Grundsätzen zum Ausdruck komme.

#### Bon der Armee.

w. Dresden, 2. Januar. Stab 46. Landwehr-Division, Stab Landwehr-Infanterie-Brigade Wilna, und die Regimenter Landwehr-Infanterie-Regiment 101 Wilna, Landwehr-Infanterie-Regiment 103 Kowno, Landwehr-Infanterie-Regiment 105 Bahnhof Wilna und Kowno, werden zum Abtransport in die Heimat bereitgestellt. Die 47. Landwehr-Division liegt in und bei Gomel, nördlich Tschernigow. Der Abtransport soll im ersten Drittel des Januar beginnen.

#### Mannigfaltiges.

Dresden, 3. Januar.

\* Morgen, am 4. Januar, gehört Stabrat Hofstat Dies den städtischen Körperschaften 25 Jahre als Mitglied an.

\* Da das aktive 13. Jäger-Bataillon infolge des nicht geschlossenen Anttransports nicht in die Stadt ein-

ziehen könnte, wird am Sonntag, den 5. d. M., ½12 Uhr vormittags, auf dem Lazernenhofe der Jägerkaserne Begehung des Bataillons durch die Stadt erfolgen. Alle Feldzugsteilnehmer des Bataillons werden eingeladen, an dieser Feier teilzunehmen.

\* Die Deutsche Demokratische Partei hält am Sonntag, den 5. Januar, vormittags 10 Uhr, im Circus Sarafani eine öffentliche Versammlung ab. Es sprechen die Kandidaten zur Nationalversammlung Frau Maria Stritt über das Thema: „Frauenforderungen an den Volksstaat“ und Minister a. D. Ritschke über: „Die Deutsche Demokratische Partei und ihre Ziele.“

\* Alle Marinemannschaften, die noch nicht entlassen sind, haben sich zu der Marineversammlung am Freitag, den 3. Januar, 11 Uhr vormittags, in der Marinewerft, Dresden-Neustadt, Jägerplatz, einzufinden.

\* Die Pockenepidemie in Dresden ist leider noch nicht erloschen. Bis jetzt sind über 80 Fälle festgestellt worden. Die Krankheit tritt in allen Stadtteilen auf und ist meist durch Familienmitglieder übertragen worden. Zahlreiche Übertragungen sind auch in einer größeren Herberge in der inneren Stadt festgestellt worden. Eine Schließung dieser Herberge ist jedoch nicht angebracht, weil dann die dort Einbrechenden sich in andere Gasthäuser begeben würden, wobei die Pockenübertragung sich noch weiter heigen würde.

\* Der Grenadier Karl Weber war am vergangenen Montag im Gasthaus Stadt Leipzig mit dem Verladen von Stroh beschäftigt, wobei noch ein anderer Kamerad mit half. Der letztere hatte ein Gewehr bei sich und schüttete, noch einmal schießen zu wollen, wobei er seinen Kameraden tödlich traf. Die Leiche des jungen Mannes wurde nach dem Reservegarrett I gebracht.

\* Der 20jährige Schlosser Johannes Schüßler aus Klein-Lugau lernte hier einen jüdischen Händler aus Bockau kennen, der im Besitz bedeutender Geldmittel war. Er beschloß, diesen zu veranlassen. Mit einem selbst angefertigten Ausweise, der ihn als Vollzugsbeamten der Polizei und des Arbeiters und Soldaten-Staates legitimierte, bestimmt er zwei Soldaten, mit ihm nach dem Fremdenhof „Reichspost“ zu gehen, um diesem Händler sämliches Geld und Schmuckstücke abzunehmen. Jeder der Soldaten hatte er 1000 M. Belohnung verprochen. Die Soldaten beständigten aber die Polizei und ließen ihn in jenes Fremdenhof festnehmen.

\* Aus einem Schaukasten in der Bamberger Straße 14 wurden zwei Größen-Hängelampen, deren Schirme mit Gräbchen- und Winterlandschaften bemalt waren, zehn bis zwölf Gas-Hängelampen mit weißen Schirmen und bunten Rahmen, vier Petroleum-Lüschlampen, drei blau emaillierte Vasen und sonstige Kleinigkeiten gestohlen. Für die Wiederverbeschaffung der Sachen ist eine Belohnung von 50 M. ausgesetzt. Mitteilungen erwarten die Kriminalpolizei.

\* Ein Lebensmittelgeschäftler, der seit längerer Zeit hier sein Unternehmen trieb, konnte am 2. Januar festgenommen werden. Er versprach marktfreies Recht und Kartoffeln liefern zu können und ließ sich Vorhänge in Höhe von 50 bis 500 M. zahlen. Beide solcher Beträgen konnten ihm bisher nachgewiesen werden. Das Bild des Betrügers ist im Schaukasten in der Vorhalle des Polizeigebäudes aufgestellt. Weitere Verdächtige wollen sich umgehend bei der Kriminalpolizei melden.

#### Aus Sachsen.

Teuerungszulagen zu den Renten der Kriegsbeschädigten.

Mit der langen Dauer des Krieges hat die gegenwärtige Gestalt der militärischen Rentenversorgung zu immer größeren Härten geführt. Zugleich sieht die Höhe der einzelnen Rentenbezüge in einem immer ungünstigeren Verhältnis zu den ständig steigenden Kosten aller Lebensbedürfnisse. Der Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge hat die Heeresverwaltung schon im Dezember 1917 dringend gebeten, der ständig wachsenden Teuerung durch besondere Zuflüsse zu den Renten zu entsprechen. Die Heeresverwaltung hat durch den Erlass des Kriegsministeriums vom 22. Juli 1918 Teuerungszuschläge rückwirkend vom 1. Juli d. J. für Kriegsbeschädigte, bei denen eine Erwerbsunfähigkeit von mindestens 50 Proz. vorliegt, eingeführt. Die Beträge dieser Zuflüsse steigen von 120 M. jährlich bei 50 Proz. Erwerbsunfähigkeit bis auf 432 M. jährlich bei 100 Proz. Erwerbsunfähigkeit. Sie werden ohne Prüfung der Erwerbsfähigkeit von Amts wegen gewährt. Soweit Renten nach Inkrafttreten des Erlasses festgelegt worden sind, sind die Teuerungszuschläge mit ihnen zusammen berechnet und ausgezahlt worden. Große praktische Schwierigkeiten ergaben sich dagegen bei der Bewilligung und Auszahlung von Teuerungszuschlägen zu den Renten, die schon früher festgelegt worden waren. Denn hier mußten jeden Schwerbeschädigten die Zulage neu berechnet werden, und es mußte eine neue Anweisung an das zuständige Postamt ergehen, daß ja bekanntlich die militärischen Renten auszahlten. Leider ist es der Heeresverwaltung nicht gelungen, diese Festlegungen bis heute allgemein durchzuführen. Man kann verstehen, welche Schwierigkeiten die gegenwärtige Lage einer so umfangreichen Arbeit entgegenstellt. In seiner Wirkung aber ist es aus zwecks zu bedauern, daß viele Rentenberechtigte die Teuerungszulage, auf die sie Anspruch haben, bei der nicht erhalten konnten, und alle zuständigen Stellen haben das Kriegsministerium dringend gebeten, alles zu tun, um Abhilfe zu schaffen. Die wichtigste Hilfe wäre es freilich, wenn die so lange angekündigte Reform des Mannschaftsverpflegungsgefechts nun endlich läme. Dafür besteht denn auch, wie wir hören, begründete Hoffnung. Das ist auch im Interesse der Leichtbeschädigten sehr zu betonen, welche die Teuerungszuschläge nicht erhalten haben. Denn bei der Lage des Arbeitsmarktes und der noch immer steigenden Teuerung alter Lebensverhältnisse ist auch für sie die Erhöhung ihrer militärischen Bezüge unerlässlich. Bis zu der Reform der Rentenversorgung kann den Kriegsbeschädigten auch hier nur empfohlen werden, sich an die zuständige Fürsorgestelle zu wenden, wenn sie sofortiger Hilfe bedürfen.

#### Für Entlassene!

Die bereits aus dem Heeresdienst Entlassenen werden hiermit erneut darauf aufmerksam gemacht, daß die Meldepflicht bei den Bezirkskommandos erst zu erfolgen hat, nachdem öffentlich dazu aufgerufen worden ist. Zufolge Arbeitsüberhäufung der Bezirkskommandos werden zu-

fünftig Melbungen bereits Entlassener nicht mehr angenommen und wird zur Erfüllung unruhiger Wege und Vermeidung von Zeitverlust obiger Hinweis zur Beachtung empfohlen.

\* Der Sächsische Offiziersbund bittet uns um Aufnahme folgender Ausführungen: „Jeder Offizier des aktiven, inaktivten und Beurlaubtenstandes hat die Pflicht, am Wahltage der Nationalversammlung seine Stimme abzugeben. Er überzeuge sich, daß sein Name in der Wählerliste steht. Viele Offiziere, die aus dem Felde zurückgekehrt sind, haben sich politisch noch nicht angemeldet, ihr Name fehlt in den Wahllisten. Also melde ich jeder Offizier, der aus dem Felde zurückgekehrt ist, bei der zuständigen Sicherheitspolizei (wochentlich zwischen 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags) unter Vorlage seiner Personalpapiere und prüfe sodann seine Eintragung in den Wählerlisten seines Bezirkes. Außerdem ist es dringend erforderlich, daß sich die in Lazaretten und Heilstätten befindlichen Offiziere um die Eintragung in die Wählerlisten unbedingt kümmern.“

\* Die Landesfettstelle schreibt uns: Im Januar und möglicherweise auch in den folgenden Monaten erhält Sachen für seine Bedarfsszüge verhältnismäßig große Mengen Auslandsbutter zugewiesen. Nur hierdurch ist es möglich, die Feitration auf der bisherigen Höhe zu halten, sowie etwas mehr Butter und weniger Margarine zu verteilen, als im Dezember. Leider ist diese Auslandsbutter um mehr als die Hälfte teurer als die inländische Butter, sodass der von der Landesfettstelle berechnete Durchschnittspreis für alle jetzt in den Großstädten und sonstigen Bushubgebieten Sachsen zu verteilende Butter für das Pfund etwa 1 M. höher ist, als in den letzten Monaten. Sobald keine Auslandsbutter mehr zugewiesen zu werden braucht, werden die Kleinverkaufspreise für Butter auch in den Bushubgebieten wieder auf die bisherigen Höhe erniedrigt werden.“

Chemnitz, 2. Januar. Ein tödlicher Unfall ereignete sich am Abend des Neujahrstage vor dem Hotel „Continental“, in dem sich die Geschäftsstelle des Arbeiter- und Soldatenrates befindet. Im Erdgeschoss des genannten Gebäudes ist ein Maschinengewehr aufgestellt. Als der mit der Bewachung betraute Posten, bereitend aus einem Unteroffizier und einem Soldaten, einmal — verbotenerweise — seinen Platz verließ, machte sich ein Kellnerlehrling an dem Gewehr zu schaffen. Ein Schuß ging los, tötete den vor der Haustür stehenden Unteroffizier und zertrümmerte noch eine Fensterscheibe in dem überliegenden Grundstück. Der Posten und der Kellnerlehrling wurden verhaftet.

hl. Mittweida, 3. Januar. In einem hiesigen Fabrikbetriebe geriet der Arbeiter Gustav Ulbricht in die Transmission, wobei ihm der linke Unterarm abgerissen wurde.

— d. Chemnitz. Gezwungen durch die Unmöglichkeit, Lebensmittel im freien Verkehr zu beschaffen, ist die vom Deutschen Frauenverein vom Roten Kreuz für die Kolonien seit Kriegsbeginn unterhaltene Geschäftsstelle für Mittagstische aufgelöst worden. Ein Betrag von nahezu 100000 M., durch freiwillige Spenden aufgebracht, ist von dem Verein für die Errichtung der Armenter ausgegeben worden.

— e. Frankenberg. Am 1. Januar waren 25 Jahre vergangen, seit Dr. Carl Pötenhauer Mitinhaber der Firma Schud & Pötenhauer ist. Aus diesem Anlaß stiftete er 25000 M. zugunsten der Beamten der Firma. Die Firma selbst stiftete ebenfalls 25000 M. zu einer Pensionsklasse für die Arbeiter. Ferner erhielten die Beamten ein Monatsgehalt und die Arbeiter einen Wochenlohn als besondere Zuwendung. Die Arbeiter bekommen außerdem noch für jede 5 Dienstjahre bei der Firma 50 M.

— Hier ist eine Ortsgruppe der Deutschen nationalen Volkspartei gegründet worden.

— Der hiesige Demokratische Verein zählt bereits über 2000 Mitglieder.

## Deutsche Demokratische Partei

für Dresden und Umgegend.

Sonntag, den 5. Januar, vormittags 10 Uhr

## Öffentliche Versammlung

im Circus Sarafani.

So sprechen die Kandidaten zur Nationalversammlung:

Frau Maria Stritt:

### Frauenförderungen

an den neuen Volksstaat.

Minister a. D. Ritschke:

### Die Deutsche Demokratische Partei

und ihre Ziele.

Verein der Deutschen Demokratischen Partei für Dresden und Umgegend.

Ferdinandstraße 7.

## Chronik der Zeit.

Montag Dezember.

9. Bei den Wahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat im Industriebezirk Chemnitz erhält die Liste I (Mehrheitssozialdemokraten) 78 279 Stimmen, die Liste II (Unabhängige) 6555 Stimmen.

In einer gemeinsamen Sitzung des Berliner Volksrates der Arbeiter- und Soldatenräte und des Rates der Volksbeauftragten wird folgende Vereinbarung getroffen:

Der Rat der Volksbeauftragten hält unbedingt an der durch die Regierung gegebenen Verfassung fest, die ohne Zustimmung des Volksrates der Arbeiter- und Soldatenräte nicht abgeändert werden kann. Aus der Stellung des Volksrates ergibt sich das Recht der Kontrolle. Dem Rat der Volksbeauftragten liegt die ihm übertrogene Executive ob. Beide sind überzeugt, daß ihre Tätigkeit nur durch vertrauensvolle Zusammenarbeit erspielerisch ausgeübt werden kann. Wir geben der Zuversicht Ausdruck, daß unser Volk in Anerkennung der schwierigen inneren und äußeren Lage uns dabei tatkräftig unterstützen wird.

Der Staatssekretär des Innern Prof. Dr. Hugo Preuß berät im Reichsamt des Innern mit einer Kommission hervorragender Kenner des Staatsrechtes den der Nationalversammlung vorzulegenden Entwurf einer Verfassung der deutschen Republik.

Zwischen den Vertretern der deutschen Regierung und der Regierung der tschechoslowakischen Republik wird zur provisorischen Regelung einiger besonders dringlicher wirtschaftlicher Fragen eine Vereinbarung getroffen, die zunächst bis zum Abschluß des Friedensvertrages haben soll, und durch die in keiner Weise irgendwie der Regelung einer zwischen den beiden vertraglichen Teilen stiftigen Frage in einem späteren Zeitpunkt vorgegriffen werden soll.

Die Behauptung, die rheinisch-westfälische Großindustrie erfreue aus kapitalistischen Gründen die Errichtung einer selbständigen rheinisch-westfälischen Republik, veranlaßt die Düsseldorfer Großindustrie zu folgender Erklärung: Die heute abend versammelten Vertreter der Düsseldorfer Großindustrie erklären einmütig, daß sie niemals den Geboten erworben haben oder erworben werden, die Schaffung einer selbständigen rheinisch-westfälischen Republik zu befürworten. Sie halten fest am Deutschen Reich und mißbilligen alle auf die Teilung Deutschlands in einzelne Republiken hinzielenden Bestrebungen.

Die "Frankfurter Zeitung" veröffentlicht folgenden Aufzug des Prinzen Max von Baden:

Dem die unseres Volks angehorene Schmach ebenso heiß in der Seele brennt wie mir, der erhebe in Wort und Schrift seine Stimme gegen die unerhörte Vergewaltigung, die feindliche Machtucht und Siegedrunkenheit über die Heimat verhängt haben durch auferlegte erneuerbare Waffenstillstandsbedingungen, die unser nationales Leben in seinen Grundfesten bedrohen, der mahne den Präsidenten der Vereinigten Staaten an sein gegebenes Wort, einen Reichstreich zu wollen und einen Völkerbund zu erstehen, in dem sich Deutschland wie jedes andere Land und Volk seiner Eigenart entsprechend unter Wahrung seiner Lebensbedingungen ungehindert entfalten kann, der welche daher den Präsidenten mahnen mahnt hin auf die historischen und tatsächlichen Grundlagen, auf denen Deutschlands Dasein beruht und durch deren Verleugnung dieses Dasein und die Gerechtigkeit gleichermassen zerstört wird, der ziehe dem deutschen Volke, welches durch die Wucht der plötzlich hereingebrochenen Ereignisse wie gelähmt sein Schädel erwartet, daß es jetzt unbedingt nötig ist, über seinen nationalen Stolz und seine Ehre zu wachen und würdig seiner Größe und Bedeutung als freies Volk sein Recht auf Selbstbestimmung und Lebensmöglichkeit zu fordern. — Unseren Waffen sind uns aus der Hand geschlagen. Aber der deutsche Geist und der deutsche Charakter leben noch. Mit ihnen müssen wir Deutschlands Anteile und uns selbst die Treue wahren, wie unsere tapfere Armee bis zum letzten Augenblick treu die Heimat vor feindlichem Einfall bewahrt hat.

Max, Prinz von Baden.

Die Städte Teplitz und Schönau werden von tschechoslowakischen Truppen besetzt.

Im Laibach findet eine Zusammensetzung der Vertreter Deutsch-Ostreichs sowie der Länder Steiermark und Kärtnerland einerseits und der Vertreter der Laibacher Nationalregierung andererseits über die zwischen beiden Teilen schwebenden nationalen und wirtschaftlichen Fragen statt.

10. Wegen der angeregten Vorverlegung des Wahltermines für die Nationalversammlung richtet das Ministerium des Innern ein Schreiben nach Berlin, in welchem Bedenken gegen eine Frühverlegung des Termins für die Wahlen zur Nationalversammlung vor dem 16. Februar erhoben werden.

Der Vereinigte revolutionäre Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Dresden nimmt folgenden Antrag des Reichssozialisten Rahmann über die Wahlen zur deutschen und Einberufung der sächsischen Nationalversammlung an:

„Der Vereinigte revolutionäre Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Dresden wolle beschließen,

a) an die Volksbeauftragten des Deutschen Reichs das Eruchen zu richten, dahin zu wirken, daß die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung weit eher stattfinden, als sie in Aussicht genommen sind,

b) an die Volksbeauftragten Sachsen das Eruchen zu richten, möglichst bald eine sächsische Nationalversammlung auf der Grundlage, die für die Wahlen zur Reichsnationalversammlung vorgesehen ist, wählen zu lassen und den Landesrat zu ersuchen, in diesem Sinne der Regierung Weitung zu geben.“

An der am 16. Dezember stattfindenden Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte werden als Vertreter des Arbeiterrats Groß-Dresden gewählt die Reichssozialisten Wirth, Betsch-Greifberg, Schmidt-Reichen, Röhrmann, Krau-Roed, Dr. Gräbauer, Bruno Söhne (Gesamtnäher die Reichssozialisten Langhorst und Hertwig), als Vertreter des Soldatenrates desselbe 2. Vorsitzender Arzt.

Zu Ernahmern für den sächsischen Landesrat der Arbeiter- und Soldatenräte werden die Reichssozialisten Reusing, Röhrmann, Brand, Betsch-Greifberg, Schmidt-Reichen und die Soldatenräte Dewitz und Zimmermann gewählt.

Die preußische Regierung erlässt eine Bekanntmachung, wonach die in verschiedenen Regionen Steuern gemacht

versuchsweise von Steuern loszutun oder in Steuern eigenmächtig obrigsteiliche Beschlüsse auszuüben, zurückgewiesen werden.

Der Kölner Oberbürgermeister Adenauer richtet folgendes Fernschreiben an den Reichstagspräsidenten Fehrenbach:

Namens der Metropole des nach untrüglichen Mitteilungen aus darüber gehedeten Rheinlandes bitte ich auf dringende, den Reichstag zur Bestätigung der Regierung Ebert-Hausse nach Limburg a. d. Lahn oder Koblenz sofort einzuberufen. Eine zu Friedensverhandlungen fähige Regierung sofort herzustellen ist dringende nationale Notwendigkeit. Nur auf diesem Wege ist ihre sofortige Schaffung möglich.

Der Bremer Arbeiter- und Soldatenrat spricht sich gegen die Wiedereinführung von Senat und Bürgerrecht in Bremen unter seinem Veto- und Kontrollrecht aus.

Der bessische Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat ist sich auf. An seiner Stelle wird ein Volksrat für die Republik gebildet.

Das bayerische Ministerium des Innern veröffentlicht die Wahlordnung für den bayerischen Landtag. Danach finden die Wahlen am 12. Januar 1919 statt. Das Wahlrecht ist allgemein, gleich, geheim und unmittelbar. Gewählt wird in Verhältniswahl, wobei das ganze Land einen Wahlkreis bildet. Die Zahl der Abgeordneten beträgt 118.

Der bayerische Kammerpräsident v. Hoch erklärt zur Wahlordnung des bayerischen Ministeriums des Innern folgende Erklärung:

Die provvisorische Regierung des Volksstaates Bayern hat die Wahl für den neuen Landtag auf den 12. Januar 1919 ausgeschrieben. Der gelegentlich gewählte Landtag besteht noch zu Recht, da er nicht aufgelöst ist. Das Recht der Auflösung besitzt die provvisorische Regierung nicht. Wenn sie sich gleichwohl ein solches Recht anmaßt, so muß die Befreiung des bisherigen Landtages feierlich Befreiung dagegen einlegen, daß die Neuwahlen zum Landtag unter gesetzwidriger Ausbildung des gesetzlich gewählten Landtages eingeleitet werden sollen.

Poincaré trifft in Begleitung von Clemenceau, Dubost und Deschanel in Straßburg ein und wird durch die Marianne, die Verbündeten Armeeführer und den Präfekt empfangen. Der Bürgermeister heißt ihn willkommen und überreicht ihm die Schlüssel der Stadt. Poincaré verzichtet in seiner Antwort, daß Frankreich die Schlüssel Straßburgs in guter Ohnmacht halten und sie sich niemals wieder von irgend jemand nehmen lassen werde.

Die fröhliche Kaiserin erkrankt in Amerongen an einem Herzleiden.

Der Deutsch-Österreichische Wahlformationsbund berät einen vom Staatsrat vorgelegten Entwurf der Wahlordnung für die konstituierende Nationalversammlung. Die am Entwurf des Staatsrates vorgenommenen Änderungen werden im wesentlichen angenommen.

Der frühere russische Ministerpräsident Trepow trifft mit General Jan, Abelmarshall Sevitski und anderen führenden russischen Staatsvätern in Stockholm ein, um dort ein neues russisches Ministerium zu bilden, das nach dem Sturz der Bolschewiki die Regierung übernehmen soll. Als deren Mitglieder werden genannt: Fürst Wolkonsky, Baron Taube, Senator Bassiolo und General Wossalotki nebst anderen. Die Bildung des Ministeriums geht in Fühlung mit dem Verbande.

Die japanischen Delegierten für die Friedenskonferenz reisen von Polen nach San Francisco ab.

11. Die Reichsregierung erlässt einen Einspruch gegen die Kölner Zentrumsbestrebungen auf Loslösung Rheinland-Westfalens vom Reiche.

Die Verhandlungen im Reichsamt des Innern über die Grundlagen der neuen Verfassung Deutschlands führen zu einer Verhandlung in sehr allen wichtigen Punkten. Das Reichsamt des Innern wird nunmehr einen Entwurf ausarbeiten und ihm den zuständigen Stellen zur Begutachtung zugehen lassen.

Die deutschen Delegierten der Waffenstillstandskommission treffen in Trier ein. Die Kommissionsmitglieder werden interviewt.

Die beiden englischen Hilfskreuzer "Coventry" und "Centauro" verlassen den Doumer Hafen wieder.

Die rheinischen Großindustriellen Thyssen und Stinnes und die mit ihnen festgenommenen Personen werden aus der Haft entlassen.

Die vorläufige württembergische Regierung beschließt die Vorverlegung des Wahltermins für die verfassunggebende Landesversammlung auf den 12. Januar n. J.

Leitmeritz, Trautenau und Gablonz werden von den Tschechen besetzt.

In Kosch in Ungarn rufen die führenden Männer des Österreich-Ungarischen die selbständige und unabhängige Republik aus, deren Reich sich auf das ganze von Slowaken bewohnte Gebiet erstreckt.

Graf Julius Andrássy veröffentlicht einen offenen Brief an den Verband, in dem es heißt, der Verband darf nicht naturneidige Grenzen feststellen wollen. Er darf nicht Bedingungen dictieren, welche die Keime eines neuen Krieges in sich tragen.

12. In Chemnitz erleiden die Unabhängigen Sozialdemokraten bei den Wahlen zum A- und S-Rate Chemnitz eine Niederlage. Insgegenüber übernehmen die Rechtssozialisten die Leitung des A- und S-Rates Chemnitz, und zwar die Herren Heldt, Gotsch und Friedel. Von den 30 Sitzen des A- und S-Rates erhalten die Unabhängigen zwei.

Der Arbeiter- und Soldatenrat im Industriebezirk Chemnitz beschließt, der Reichskonferenz folgenden Antrag zu unterbreiten:

Die Volksbeauftragten haben darin zu wirken, daß die Nationalversammlung so zeitig wie möglich, spätestens aber Mitte Januar 1919 einberufen wird.

Weiter wird beschlossen, dem sächsischen Landesrat folgenden Antrag zu übermitteln: Der Landesrat wolle beschließen:

Die Landesregierung der Republik Sachsen wird beauftragt, sobald als möglich eine Nationalversammlung der Republik Sachsen wählen zu lassen. Das Wahlrecht hierzu soll in all seinen grundlegenden Bestimmungen dem Wahlrecht zur deutschen Nationalversammlung gleichen. Ferner wolle der Landesrat beschließen, daß die lebhafte Landes-

regierung zurückzutreten hat, da sie in ihr Amt nicht durch eine Vertrauensstundgebung des sächsischen Proletariats oder seiner politischen Organisationen gelangte, sondern zu einer Zeit die Leitung des Staates übernahm, in der die politischen Verhältnisse noch vollständig verworren und unübersichtlich waren. Die sächsische Republik muß eine Regierung erhalten, die sich auf das Vertrauen einer außerordentlichen, auf breiterster demokratischer Grundlage hervorgehenden Volksvertretung unbedingt berufen kann.

Der Präsident des Reichstages richtet an die Reichstagsabgeordneten folgendes Schreiben:

Die Frist des Waffenstillstandes läuft in bei nächsten Tagen ab. Auch wenn sie verlängert werden sollte, muß der Abschluß eines Vorfriedens angestrebt werden, wenn das Vaterland vor weiterem unheilvollen Schaden bewahrt werden soll. Die Nachrichten aus dem Lager unserer Feinde laufen mit immer größerer Bekanntheit dahin, daß sie die jetzige Reichsleitung die Verhandlungsfähigkeit absprechen, daß sie jedoch die geschäftsführenden Organe des Reiches, Bundesrat und Reichstag, als berechtigt anerkennen sowohl für die Schaffung einer legitimen Regierung wie auch zur Beendigung über das Wahlgebot für die Nationalversammlung. Meine fortgesetzten Bemühungen, hr. Ebert im Interesse der Reichsleitung von der Notwendigkeit der Berufung des Reichstages zu überzeugen, sind erfolglos geblieben. Die Rat der Zeit verbietet weiteres Inviare und verpflichtet mich, auch ohne Zustimmung der Regierung von der in der Sitzung des 26. Oktober d. J. erzielten Ermächtigung zur Berufung des Reichstages Gebrauch zu machen. Ich berufe deshalb hiermit den Reichstag, behalte mir aber die Bestimmung von Ort und Zeit der Tagung noch vor. Die Herren Kollegen bitte ich, sich zur Kreise bereitzuhalten und zu der demnächst einzuberuhenden Sitzung vollständig zu erscheinen.

geg.: Fehrenbach, Präsident des Reichstages.

Dieses Schreiben geht auch dem Rat der Volksbeauftragten zu, der den Herrn Reichskanzler Fehrenbach folgendes antwortet:

"Auf Ihr gefälliges Schreiben vom heutigen Tage erlauben wir uns folgendes zu antworten: Die Behauptung, daß der Verband derjenigen Regierung die Verhandlungsfähigkeit abspreche, daß sie jedoch Bundesrat und Reichstag als berechtigt anerkennen gut Schaffung einer legitimen Reichsregierung und zur Beendigung über das Wahlgebot zur Nationalversammlung, entbehrt jeder Begründung. Sie ist nur geeignet, den Verband im Widerstreit zu der tatsächlichen Macht der gegenwärtigen Regierung in den irrigen Glauben zu versetzen, als ob eine verhandlungsfähige Regierung nicht vorhanden wäre. Der Rat der Volksbeauftragten hat wiederholt dargelegt, daß durch die politische Umwandlung Bundesrat und Reichstag als gegebene Organe zu existieren aufgehört haben. Sollten Sie trotzdem den nicht mehr bestehenden Reichstag einberufen, so werden Sie die Verantwortung für alle Folgen zu tragen haben."

Die englische Schiffsbefestigungskommission trifft in Hamburg ein.

Marshall Foch trifft zu den Waffenstillstanderverhandlungen in Trier ein.

Präsident Poincaré trifft in Begleitung des Ministerpräsidenten Clemenceau in Mühlhausen ein und begibt sich von dort nach Holmar.

Karlsbad wird von 800 tschechoslowakischen Soldaten und Offizieren besetzt.

Ein englisches Geschwader wird auf der See von Neval unter.

12. Die preußische Regierung bestimmt, daß die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung in Preußen acht Tage nach den Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung stattfinden sollen.

Der Waffenstillstandvertrag wird vormittags 7,12 Uhr deutscher Zeit im Salonwagen des Marshaals Foch in Trier um 30 Tage verlängert.

Bodenbach, Tetschen und Grottau werden von tschechoslowakischen Truppen besetzt.

Die Italiener überqueren bei Linz am einigen Punkten in Italien die Demarcationslinie. Die Linzburger Nationalregierung erhebt bei der gemeinsamen südslawischen Regierung in Belgrad Einspruch hiergegen.

Der Dampfer "George Washington" mit dem Präsidenten Wilson an Bord trifft mittags in Brest ein.

Der finnische Landtag bewilligt das Abziehbüchlein des Reichswehrers Swinhuf und beantragt den General Mannerheim damit, als Reichsverwalter die höchste Gewalt auszuüben.

13. An mehreren Stellen der Stadt finden nachts im August an eine Kommunikationsversammlung Narren statt, bei denen ein Soldat erschossen wird.

Die Reichsregierung beschließt:

1. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ist eine freiwillige Volkswehr zu bilden. 2. Die Vollmachten zur Aufstellung der Abteilungen dieser Volkswehr erteilt ausschließlich der Rat der Volksbeauftragten, der auch die Zahl und Stärke der Abteilungen feststellt. 3. Die Volkswehr untersteht ausschließlich dem Rat der Volksbeauftragten. Sie verpflichtet sich der sozialistisch-demokratischen Republik durch Handschlag. 4. In die Volkswehr werden nur freiwillige aufgenommen. Sie werden außerhalb des Rahmens des Gesetzes stehen. Gerichtliche und disziplinäre Verhältnisse werden noch geregelt.

Der Präsident des Reichstages Fehrenbach richtet an die Reichsleitung folgendes Schreiben:

Gegenüber der dortigen Erklärung auf meine Berufung des Reichstages im Zusammenhang mit Presseäußerungen habe ich nur das Bedürfnis, folgendes festzustellen: 1. Es ist falsch, von der Absicht einer Gegenrevolution oder von Schwierigkeiten zu sprechen, die ich der Regierung nahegehe. Es handelt sich für mich nur um die Schaffung der Vorbedingungen für den baldigen Abschluß eines Vorfriedens. 2. Ebert ist über meine Absichten und die Übereinstimmung der Parteiführer mit diesen von mir loyal unterrichtet worden. 3. Voraussetzung meiner Berufung des Reichstages ist die zweifelsfreie Feststellung der Tatsache, daß diejenigen Gewalt in Deutschland von unerlässlichen Feinden nicht anerkannt werden. Diesen Zeitpunkt, der nach den

Zeitungsnachrichten vom Tage zuvor unmittelbar bevorstehen sollte, wollte ich aus einer einleuchtenden Erwagung heraus nicht abwarten. Ich durfte es auch nicht angesichts der ungezählten Briefen und Telegramme, welche die Berufung des Reichstages forderten, und namentlich angesichts der Röhrerei aus Köln und Koblenz. Die Annahme, daß die Verbündeten erst durch mich auf den Gedanken kamen könnten, es sehe an einer verhandlungsfähigen Regierung, ist durch die vorangegangenen Erörterungen in der feindlichen Presse widerlegt. Die Folgen meiner Pflichterfüllung verantwortete ich mit ruhigem Gewissen. Ich warte das pflichtmäßige Handeln der Regierung ab, welche die Voraussetzung meiner Kundgebung erfüllt.

General Liman v. Sanders tritt durch Ankündigung aus Konstantinopel mit, daß die deutschen Truppen in Konstantinopel, Kleinasien und Syrien in Stärke von 100 000 Mann in Konstantinopel versammelt sind und unverzüglich nach guten Wünschen die baldige Heimbefreiung erwarten.

Im provisorischen polnischen Nationalrat beginnt die Bildung von Fraktionen. Der bereits bestehende Fraktion der deutschen demokratischen Partei gehören 16 Männer und Frauen an. Der 2. Vizepräsident Dr. Quäde legt dem Nationalrat den Entwurf einer Satzung und Gesellschaftsordnung vor, die u. a. das Verhältnis der Regierung zum Nationalrat folgendermaßen festlegt: Scheidet ein Minister aus seinem Amt, so erneutert der Nationalrat seinen Nachfolger auf Vorschlag der Regierung. Tritt die gesamte Regierung zurück, so bezeichnet der Nationalrat einen Vertrauensmann, der die Neubildung des Ministeriums übernimmt. Die Ministerialist ist dem Nationalrat zur Befähigung vorzulegen.

Präsident Wilson trifft unter dem Jubel der Bevölkerung und von Geschäftsmännern begreiflich in Paris ein.

Kiew wird nachmittags von Truppen des Diktatoriums besetzt. Der Hetman dankt ab. Das Kabinett tritt vom Amt zurück.

Die beiden Kammer des schwedischen Reichstages richten an den Präsidenten Wilson ein Fernschreiben, in dem sie den Präsidenten in Europa willkommen heißen in der Hoffnung, daß die von Wilson für das Zukunftskommen eines dauerhaften, auf Gerechtigkeit fußenden Weltfriedens ausgesprochenen Grundsätze aus dem bevorstehenden Friedenskongress verwirklicht werden.

15. Auch in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag kommt es wieder zu Zusammenstößen mit den Kommunisten. Diesmal werden zwei Personen getötet.

Gegen die Schließung der Universität Straßburg durch die französischen Behörden und die Entlassung sämtlicher Professoren ohne Gewährung von Gehalt und Pension wird von der deutschen Wissenschaftsstandeskommission schärfster Protest eingezogen.

Der Vorstand der politischen Abteilung des polnischen Ministeriums des Außenrs. Dr. Karl Bader überreicht im Namen der polnischen Regierung dem Gesandten der deutschen Regierung Grafen Reuter eine Note, in der unter Hinweis auf die Zustände in Über-Ost, wo die deutschen Behörden den polnischen Staatsinteressen zuwiderrückende Handlungen begingen und gemeinsam mit den Bolschewiki vorgingen, die polnische Regierung die Übergabeung ausdrückt, daß weitere Verhandlungen mit der deutschen Regierung zwecklos, ja sogar für die innere Ordnung in Polen schädlich für die künftigen gegenseitigen Beziehungen höchstwahrscheinlich wären. Aus diesen Gründen scheint die polnische Regierung gezwungen, die diplomatischen Beziehungen mit der deutschen Republik abzubrechen, und erachtet den deutschen Vertreter, samt dem gesamten Personal der Gesandtschaft die Republik Polen zu verlassen. Graf Reuter erklärt, er werde in der nächsten Richtung die Grenzen des polnischen Staates verlassen.

Die deutsch-tschechische Landesregierung verlegt ihren Sitz nach Wien.

Der Präsident der Republik Portugal wird ernannt.

## Wissenschaft und Kunst.

**Wissenschaft und Technik.** Wie aus mitgeteilt wird, ist es sowohl Dr. v. Augeter in München als auch dem Privatdozenten Dr. Prell in Stuttgart gelungen, ein filterbares Kleinstaubewasser aus dem Blut von Grippekranken zu züchten. Diese Befunde bestätigen die von dem Privatdozenten Dr. Erich Pischke (Berlin) im November in der Berliner medizinischen Gesellschaft vorgelegten Ergebnisse von Rückzugs- und Übertragungsversuchen, wonach der Erreger der Influenza ein filterbares Virus ist, für das Dr. Pischke den Namen „Virusozon Influenzae“ vorgeschlagen hat. Der Pfeifferische Influenzazeitalterspieler spielt demnach nur eine sekundäre Rolle, ebenso wie die Streptokokken, nämlich als Erreger der Lungen- und Brustfellentzündungen bei Grippe. Auch Prof. Nicol vom Institut Pasteur hat neuerdings unabhängig von Dr. Pischkes Beobachtung bestätigt, daß der Erreger der Grippe ein filterbares Virus ist. Die ersten Übertragungsversuche mit Kulturen hat Dr. Leibke angestellt.

Der Nobelpreisträger Prof. Max v. Laue, Ordinarius für theoretische Physik an der Universität Frankfurt, hat einen Ruf nach Berlin erhalten und wird ihm folge leisten. Sein Nachfolger in Frankfurt wird Prof. Born, bisher Extraordinarius an der Universität Berlin. Prof. v. Laue, der im 40. Lebensjahr steht, erhielt den physikalischen Nobelpreis für den Nachweis der Wellennatur der Röntgenstrahlen.

**Literatur.** In der Schauburg in Hannover hatte das neue Lustspiel von Leo Walther Stein, betitelt „Ihr Papa“, bei der Uraufführung einen sehr freudlichen Erfolg.

Der Verband Deutscher Schriftsteller wählte als Vorsitzende wieder Max Dreyer und Ludwig Gulda, als Schriftführer Wenzel Goldbaum, als Stellvertreter Hans Brenner, als Mitglieder des Ausschusses: Gerhart Hauptmann, Gustav Nadelburg, Arthur Schnitzler und Hermann Sudermann. Syndikus ist Dr. W. Goldbaum.

Viktor Blüthgen feiert seinen 75. Geburtstag. Seine Bilderbücher (die Begleitwerke zu den Bildern von D. Bleibtreu) und seine reizenden Bilder und aquarelligen Skizzen haben durch ihre Form Schönheit und ihre Lebenskraft viele Freunde. Auch dem Theater ist er durch zwei Opernstücke („Die schwarze Rose“), „Der Richter von Salomea“) nahegetreten, die Georg Zorn vertont hat. Blüthgen ist seit seinem 60. Geburtstag Ehrenbürger seiner

Heimatstadt Görlitz in Thüringen, seit seinem 20. Geburtstag Ehrenbürger von Freienwalde, wo er seit 1883 ständig den Sommer zubringt. Seine Ehefrau ist die bekannte Romanistischöpferin Maria Eusei-Kilbinger. Der Magistrat Görlitz hat zum 75. Geburtstag des beschiedenen Dichters im Rathaus ein Viktor-Blüthgen-Zimmer eingerichtet.

**Bildende Kunst.** Die Berliner Nationalgalerie hat die sechs Wandbilder, die Karl Friedrich Schinkel, der große Berliner Architekt, 1813–1814 für den Saal des Hauses des Kaufmanns Humboldt in der Brüderstraße 29 gemalt hat, erworben. Die Bilder, deren sehr verschiedene Größe den Abmessungen der Saalhalle entspricht, geben großartige Landschaften von berühmten romanischen gesärbten Tempelbildung. Im ersten Stockwerk der Galerie ist nun ein Saal zur Aufnahme der Neuverwendungen an älterer Kunst bestimmt worden.

Ein weimarer Kunsthändler hat in Privatbesitz eine bisher unbekannte, wunderbare Goethe-Büste entdeckt. Es handelt sich um ein Werk Martin Klauers. Während alle bisher aufgefundenen Goethe-Büsten infolge des beim Brennen entstandenen Schwundes eines Teiles der Tonmasse seitdem kleiner ausgesessen sind als die Originale, hat die neuentdeckte Büste die ursprüngliche Größeform bewahrt. Sie mit einem dunklen Graphitüberzug bedeckte Büste übertrifft alle bekannten an Lebenskraft und Monumentalität. Die Zeitung des Goethe-Nationalmuseums hofft, daß werthvolle und interessante Studien in den Besitz des Goethe-Hauses bringen zu können.

**Musik.** Das neue Bühnenuerwerk des Thüringer Komponisten F. A. Köller, bestellt „Der goldene Schuh“, eine brillante Spieloper, wurde vom Weissenbühntheater in Weimar zur Uraufführung angenommen. Das Libretto ist von Herrn Reinhold Dresden verfaßt und behandelt in geldritter Weise den Stoff einer jungen Legende. Von Köller wurde vor wenigen Monaten die Volksoper „Schachbauer“ mit bestem Erfolg vom Stadttheater in Erfurt erstmals aufgeführt.

**Theater.** Im Schönbrunner Schloßtheater, das während der Regierung Kaiser Karls nur bei ganz außergewöhnlichen Hoffestlichkeiten Bühne sah, werden nach Neujahr täglich Vorstellungen mit den Künstlern der ehemaligen beiden Hoftheater veranstaltet.

\* Im Verein für Bilderkunde findet Dienstag, den 7. Januar, 8 Uhr im Zoologischen Museum, ein Vortrag des Herrn Museumsdirektors Prof. Dr. Jacobi statt über „Die Gesichtsleiderkunst der Naturvölker“.

\* Im Literarischen Verein werden in der Zeit vom 7. Januar bis 26. März folgende Vorträge gehalten: 7. Januar: Ottomar Kulig, „Tumul Krügers Leben und Werke.“ 21. Januar: Carl Beule, Direktor des Völkerkundemuseums zu Leipzig, „Die Vorfahren der Schrift und ihre Entwicklung in der Urzeit und bei den Naturvölkern.“ Mit Bildern. 11. Februar: Wilhelm Creizenach, „Goethe und Schiller in Lauchstädt.“ 25. Februar: Besprechungen und Mitteilungen. 11. März: Paul Meissner, Leipzig, „Ludwig Tieck in Dresden 1819 bis 1832.“ 25. März: Felix Bünemann, „Wilhelm, ein Stück Utopie.“ Sämtliche Vorträge finden Dienstage im Palmengarten statt.

\* Der Bildhauer auf den vom Bezirksverband der Hauptstadt Dresden-Neustadt neu herausgegebenen Gutscheinen zu 5 und zu 10 Mark ist nach einem Entwurf des bekannten Meisters Prof. Sacha Schneider angefertigt.

## Theater, Konzerte, Vorträge.

\* Mitteilung aus der Kanzlei des Albertheaters. Es wird darauf hingewiesen, daß die Wiederholung des überaus beliebten aufgeworfenen „Unten Abends“ der Mitglieder des Albertheaters am Sonnabend eine einmalige ist und in der Originalbegehung des Silvesterabends stattfindet. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß seit dem 1. Januar sämtliche Märchenvorstellungen ohne jede Ausnahme um 3 Uhr beginnen.

\* Mitteilung aus der Kanzlei des Residenztheaters. Die Direktion weiß nochmals daran hin, daß am Sonntag, den 5. Januar, vormittags 11 Uhr, eine Sondervorstellung des Weihnachtsmärchens „Der Bismarck“ zu ermöglichenden Spielen stattfindet.

\* Wochenspielplan des Volkswohl-Theaters für die Zeit vom 6. bis 13. Januar: Montag nachmittag: „Wie Klein-Elle das Christkind suchen ging“; Sonnabend: „Sommerputz“; Dienstag: „Cobale und Liebe“ (27. Volksunterhaltung); Mittwoch: „Als ich noch im Glashaus“; Donnerstag: „Jahrmärkt in Pulsnitz“; Freitag: „Rosa“. Sonnabend: „Unter Abend; Sonntagnachmittag: „Kumpelflüschchen“; Sonntagnachts: „Jahrmärkt in Pulsnitz“.

\* Die Sonnabendvorleser in der Kreuzkirche fällt in dieser Woche aus.

## Mannigfaltiges.

Dresden, 3. Januar.

\* Der Verein Dresden der Deutschen Demokratischen Partei für Dresden und Umgegend hat gestern unter Beteiligung des Herrn Stadtverordneten Justizrat Lehmann im „Tivoli“ eine öffentliche Versammlung ab. An erster Stelle sprach der Prof. Dr. Walter Gehr Leipzig über „Was uns nötigt“. Er ging von dem inneren Zusammenbruch und dem Untergange der deutschen Macht aus. Aber der erste sei nicht die Folge des alten Systems, sondern des ungünstigen Ausbruchs der Revolution gewesen. Diese sei zu einer Zeit begonnen worden, da wir den Zusammenhalt gegen den Feind nötig gehabt hätten. In diesen Wochen habe man gesehen, was es heißt, einen Staat zu entwirren und nichts anderes dafür zu sagen. Diejenigen, die darüber der Sozialdemokratie hätten ihr möglichstes getan, um die Dinge in ruhige Bahnen zu leiten, aber die Verhältnisse seien stärker als sie. Der hr. Redner wies auf die Vorgänge in Berlin und in Bozen hin. In erster Linie tue uns not, einen deutschen Staat von Festigkeit und Autorität wieder zu bestellen, damit wieder die Ordnung aufgerichtet werde, die wir zum politischen und wirtschaftlichen Leben brauchen. Allgemein sei daher der Ruf nach einer deutschen und einer ländlichen Nationalversammlung, damit wenigstens eine gleichmäßige Gewalt und ein starker Rückhalt wieder geschaffen werde. Eine Wiederauflistung

der alten Monarchie würde das deutsche Volk nicht mehr. Sie habe ihre geschilderte Aufgabe erfüllt. Der hr. Redner wurde der Verdienste der deutschen Fürsten in der Vergangenheit gedankt, aber jetzt seien neue starke Träger einer Entwicklung, die das alte Monarchentum ablöse und ersetze. Die Republik sei das Reichland, das Zukunft werden müsse. Die erste Hauptbedingung sei, daß die Einheit unseres Volkes gewahrt bleibe und wir inslande seien, sie nach außen zu verteidigen. Deutsches Leben müsse auf dem neuen Leben erweitert werden im Sinne wahren Rechtes und des Ausgleichs aller deutschen Volksgruppen. Die Verantwortung sei jetzt an die Regierung durch Ernennung der Beamten und Beauftragten zur Leitung des Volksangehörigen. Auch die Beamten seien bereit zur Mitarbeit an der Führung des Staates. Im Kriege habe ich mein Bestreben unternommen, daß die Tätigkeit dazu erwiesen. Sie tragen auch unbedingt mit der Vergangenheit des früheren polnischen Lebens in den neuen Staat ein. Sie würden also das politische Moment des Volles in dieses hineintragen. Wollten wir, daß alle Söhnen reifer werden für die Wiederauflistung im Staat, so müsse auch unser ganzes Erziehungswesen auf eine neue breitere Grundlage gestellt werden. Die Einheitsstunde werde kommen, aber man bemühe uns dabei vor einer Schablone. Sie würde nicht nur zur Universalität hinzu führen, sondern in alle Schichten hinein würden die geeigneten Elemente gebraucht werden. Die Frage der Trennung von Kirche und Staat sei nicht zu unterscheiden, aber die Religion dürfe keinem Volle nicht entzogen werden. Alle Kultur hängt zusammen mit dem Christentum. Ohne Religion würde diese Kultur eine volle Kultur nicht sein; in irgend einer Form trage jeder religiöses Leben und religiösen Brauch in sich. Auch im Erziehungswesen dürfe die Kirche nicht ausgeschaltet werden. Den Religionsgemeinden müsse die Möglichkeit gegeben werden, indem religiöser Unterricht zu gewähren. Der hr. Redner berührte darauf die Frage der Sozialisierung der Betriebe. Der Sozialismus sei bei Eisenbahnen, Gas, Wasser und Elektrizitätswerken bereits jetzt eine feststehende und bestreitbare Tatsache, aber viele andere große Gebiete dürfen in absehbarer Zeit nicht der Sozialisierung unterworfen werden. Nur wenn die Welt sozialistisch würde, ließe sich eine allgemeine Sozialisierung durchführen. Mit Hinblick auf die Notwendigkeit der Zahlung unserer unerledigten Kriegsschulden müsse unsere Industrie wieder ausführlich gemacht werden. Das kann nur mit Hilfe des freien Unternehmens geschehen. Der Kapitalismus dagegen könnte durch ein gerechtes Steuersystem befreit werden. Mit einem kostengünstigen Zubriff auf die Zukunft im Beitraten auf die innere Kraft des deutschen Volles, schloß der hr. Redner seine Ausführungen, denen lebhafte, anhaltender Beifall folgte. Diese Zukunft, die ein böse es Deutschland bringen werde, müßten wir uns aber klar gestalten und wir wollten sie selbst gestalten. Der zweite Vortrag hielt Dr. Gustav v. Blücher über „Wie wollen wir deutschen Staatsbürgervinnen wählen?“ Wonne und Liebe zum Vaterland und Freude und Pflichtgefühl müßten die Frauen bei Ausübung ihres Wahlrechts leiten. Keine durch der Wahlurne fernbleiben. Die Säuglinge müssen geweckt und aufgerüttelt werden. Die katholischen Frauen hätten es schwerer als die protestantischen Witwen, den richtigen Standpunkt zu gewinnen, aber doch müsse es geschehen. Maßgebend müsse die Stellung der bürgerlichen Parteien zum Frauenwahlrecht sein. Dem habe sich die jetzige Demokratische Partei schon vor der Revolution nicht abgeneigt gezeigt. Daher sei der Anschluß an diese zu empfehlen. Die Rednerin berührte dann das Verhältnis zwischen Kirche und Staat, ferner die Bekämpfung des Monopolbrauchs, der Profitierung und des Kapitalismus vom Frauenwahlrecht aus. Sie werde sich niemals entschließen können, einer Partei die Stimme zu geben, die nicht energisch die Oberherrschaft des Kapitals bekämpfe. Weiter kreiste sie die gemeinschaftliche Wirkung des Votenvouchers. Dies müsse die Nationalversammlung eingehen. Die Frauen müßten sich mit gleichgesinnten Männern zum Kampf gegen diese Schäden verbünden. Auch die Rechnerin sandt den lebhaften Beifall der Versammlung. An die Bühne schloß sich eine Ansprache an, an der sich u. a. hr. Staatsminister a. D. Gründorf beteiligte. Er kennzeichnete den Standpunkt seiner Partei zur Revolution und ihren Folgen.

\* Der Dresdner Sammelauftakt veranstaltete gestern abend eine Versammlung im großen Saale des Vereinshauses, die von den Fabrikbesitzern hanßen mit begrüßenden Worten eröffnet wurde. Den Hauptvortrag hielt hr. Amtsgerichtsrat Dr. Hoffmann über die Verhältnissewahl. Der Redner besprach in eingehender Weise das neue Wahlgesetz sowie die Eigenart der Verhältniswahl, über deren Einzelheiten wir bereits berichtet haben. Es sei besonders notwendig, die Wählerstimmen einzurichten, da manche Wähler in denselben vorhanden seien. Weitere Befehl der Redner noch die Abgabe der Stimme sowie die Überherrschaft des Kapitals bekämpfen. Weiter kreiste sie die gemeinschaftliche Wirkung des Votenvouchers. Dies müsse die Nationalversammlung eingehen. Die Frauen müßten sich mit gleichgesinnten Männern zum Kampf gegen diese Schäden verbünden. Auch die Rechnerin sandt den lebhaften Beifall der Versammlung. An die Bühne schloß sich eine Ansprache an, an der sich u. a. hr. Staatsminister a. D. Gründorf beteiligte. Er kennzeichnete den Standpunkt seiner Partei zur Revolution und ihren Folgen.

\* Alle Arbeitgeber, die Kriegsgefangene vom Lager Königgrätz beschäftigen, haben diese bis spätestens 6. Januar in das Stammlager Lt. Pl. Königgrätz zurückzubringen. Es dürfen keine Kriegsgefangenen Engländer, Franzosen, Italiener, Serben, Amerikaner oder Belgier aus irgend einem Grunde zurückgehalten werden. (Vgl. den Anhangsteil.)



Auf dem die Firma Bräuer Anger Wittegeellschaft in Chemnitz betreffenden Blatt 589 des Handelsregisters ist heute eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 29. Oktober 1918 hat die Erhöhung des Grundkapitals um dreihunderttausend Mark — in dreihundert auf den Inhaber lautenden Witten zu je einhundert Mark — mithin auf eine Million Mark beschlossen. Die beschlossene Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag ist durch Weisung besetzter Versammlung — laut Rotationsprotokoll vom gleichen Tage — in § 4 abändert worden.

Es wird noch bekannt gegeben, daß die Ausgabe der neuen Witten zum Kurs von 100 % erfolgt.

Chemnitz, am 28. Dezember 1918.  
Das Amtsgericht, Abt. E.

Auf Blatt 234 d. hiesigen Handelsregisters, die Kommanditgesellschaft Hennig & Höhnen in Görlitz betreffend, ist heute eingetragen worden, daß eine Kommanditlinie ausgeschieden ist.

Görlitz, den 24. Dezember 1918.  
Das Amtsgericht.

Im Handelsregister des unterzeichneten Amtsgerichts ist heute auf Blatt 723, die Firma Weiß & Sohn, Meißner Rähmehausen-Gabril, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Meißen betreffend, folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag in § 2 durch Beschluss der Gesellschafterin vom 5. Dezember 1918 laut Rotationsprotokoll von dies. m. Tage abändert worden. Der Sitz der Gesellschaft ist nach Dresden verlegt.

Meißen, am 27. Dezember 1918.  
Das Amtsgericht.

Im Handelsregister des unterzeichneten Amtsgerichts ist heute auf Blatt 723, die Firma Weiß & Sohn, Meißner Rähmehausen-Gabril, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Meißen betreffend, folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag in § 2 durch Beschluss der Gesellschafterin vom 5. Dezember 1918 laut Rotationsprotokoll von dies. m. Tage abändert worden. Der Sitz der Gesellschaft ist nach Dresden verlegt.

Meißen, am 27. Dezember 1918.  
Das Amtsgericht.

Auf Blatt 234 d. hiesigen Handelsregisters, die Firma Schröder Franz, Holzstoff- und Lederspappenfabrik in Leubnitz in Siebenland und als Gesellschafter die Kaufleute Kurt Johannes Franz und Kurt Walter Franz, beide in Chemnitz. Die Gesellschaft ist am 18. November 1918 eröffnet worden.

Rosslau, den 31. Dezember 1918.  
Das Amtsgericht.

Auf Blatt 234 d. hiesigen Handelsregisters wurden heute eingetragen die Firma Schröder Franz, Holzstoff- und Lederspappenfabrik Schröder in Siebenland und als Gesellschafter die Kaufleute Kurt Johannes Franz und Kurt Walter Franz, beide in Chemnitz. Die Gesellschaft ist am 18. November 1918 eröffnet worden.

Rosslau, den 31. Dezember 1918.  
Das Amtsgericht.

Auf Blatt 529 des Handelsregisters für den Landkreis Pirna, die Firma Mayer & Schäfer'sche Schraubenfabrik, Fassonbreherei und Stanzwerk in Leubnitz betreffend, ist heute eingetragen worden:

Dem Werkmeister Max Schäfer in Niederböhla ist die Vertretung der Gesellschaft bis auf weiteres entzogen worden.

Pirna, den 30. Dezember 1918.  
Das Amtsgericht.

### Erdöl- und Karbid-Verteilung.

Für das Gebiet der Stadt Dresden wird bestimmt:

- I. Es werden beliefert:
  - a) Empfangs-Abschnitt IV der gelben Erdöl-Karte A mit 3 Liter Erdöl;
  - b) Empfangs-Abschnitt IV der roto-roten Erdöl-Karte B mit 1 Liter Erdöl;
  - c) Empfangs-Abschnitt IV der grünen Erdöl-Karte C wird nicht beliefert;
- II. a) Empfangs-Abschnitt IV der braunen Karbid-Karte A mit 6 kg Karbid;
- b) Empfangs-Abschnitt IV der blauen Karbid-Karte B mit 3 kg Karbid;
- c) Empfangs-Abschnitt IV der weißen Karbid-Karte C mit 2 kg Karbid.

§ 2. Die Lieferung des Erdöles und des Karbids an die Kleinhändler erfolgt nach und nach. Zur Übergang gelten die Bestimmungen in § 2 Absatz 2 der Ratsbefehlsernennung vom 9. Oktober 1918 auch für die vorliegende Verteilung.

§ 3. Bei der Abgabe an die Verbraucher kostet 1 Liter Erdöl 45 Pf., 1 kg abgewogenes Karbid 1,00 Mark.

§ 4. Zuwidderhandlungen werden, nach § 15 der Ratsbefehlsernennung vom 18. September 1918 bestraft.

Dresden, am 2. Jan. 1919. Der Rat zu Dresden.

### Margarineverteilung.

Donnerstag, den 7. und Mittwoch, den 8. Januar 1919 wird belieft:

- a) die angemeldete Landesfeistkarte der Stadt Dresden „Dezember B“ mit 50 g Margarine,
- b) der angemeldete Butterbezugschein mit 50 v. h. mit Margarine.

Der Kleinhandelspreis beträgt für 1 Pfund Margarine 2,46 M. für 50 g 40 Pf.

Dresden, den 3. Jan. 1919. Der Rat zu Dresden.

### Fettverteilung.

Die Belieferung der Dezember-Fettbezugscheine für Großverbraucher findet Dienstag, den 7. und Mittwoch, den 8. Januar 1919 statt.

Belieft werden  $\frac{1}{4}$  der im Fettbezugschein bezeichneten Menge —  $\frac{1}{4}$  der im Monatsausweis anerkannten Menge in Margarine.

Der Preis für 1 Pfund Margarine beträgt 2,46 M.

Dresden, am 3. Jan. 1919. Der Rat zu Dresden.

An der hiesigen Bürgerschule ist eine händige Lehrerkelle zu beziehen.

Der Aufgangsgebühr beträgt neben den gesetzlichen Teuerungszulagen vor dem vollendeten 25. Lebensjahr 1500 M. und noch vollendetem 25. Lebensjahr 1800 M. Es steigt bis zu einem Endbetrag von 3300 M. Danach wird Wohnungsgebühr von 400 bis 600 M. für verheiratete Lehrer und von 340 M. für unverheiratete Lehrer erhoben.

Bewerber, die zur Erteilung von Turnunterricht befähigt sind, erhalten den Vorzug. Besuche mit Bezeugnissen sind bis zum 11. Januar 1919 hier einzureichen.

Kreisstadt in Sachsen, am 30. Dezember 1918.

Der Stadtrat.

### Wirtschaftsbeamter geführt!

Das Erziehungshaus Mittweida des Fürsorgeverbandes Leipzig sucht zu baldigem Amttrete einen Wirtschaftsbeamten, der wirtschaftlich geschult und erfahren in Lebensmittelfrage, Beleidungsfrage, Frage der Rohmaterialien für Handwerksbetriebe. Bewerbungen mit Bezeugnissen und Lebenslauf erbetet.

der Direktor.

Die Diaconatstelle

in Geishenndorf ist baldigst zu besetzen.

Klosteramt von Posern, Patron der Kirche.

Dresden, 31. Dezember 1918.

### Bekanntmachung, Kriegsgefangene betr.

Alle Arbeitgeber, die Kriegsgefangene (Engländer, Franzosen, Italiener, Serben, Amerikaner, Belgier) vom Lager Königstein beschäftigen, haben diese

bis spätestens 6. Januar 1919

in das Stammlager Tr.-Pl. Königstein zurückzubringen, da der Abtransport dieser Gefangenen unmittelbar darauf erfolgen muß.

Sie dürfen keine Kriegsgefangenen obiger Nationalitäten aus irgendeinem Grunde zurückzuhalten werden.

Die Stadt- und Gemeindebehörden werden gebeten, für reistlose Durchführung dieser Anforderung Sorge tragen zu wollen.

61

**Kriegsgefangenenlager Tr.-Pl. Königstein.**

3. B.: Gierisch, Hauptm. d. Pl. u. Kellv. Kommandant.

54

Gwinzenberger, Bürgermeister.

An der Stadtschule zu Pegau ist möglichst bald die Stelle einer

### Händigen Lehrerin

zu belegen.

Besonders erwünscht ist Befähigung zur Erteilung des Mädchenturnens.

Die Inhaberin der Stelle erhält die nach dem Bevölkerungsgebot vom 15. Juni 1908 geordneten Vergütung und eine Wohnungsentlastung in Höhe von 200 M., die sich nach erschienen 12. Dienstjahr auf 300 M. erhöht. Die Leistungszulagen werden nach den kantonalen Grundlagen gewährt.

Außerdurch verbrachte händige Dienstjahre können angerechnet werden.

Bewerbungsschläge sind bis zum

15. Januar 1919

hier einzureichen.

89

### Stadtrat Pegau.

Gesucht werden für die Gemeindeverwaltung Kloster zum baldigen Amttritt

### 1. Gegebensführer,

### 2. 1. Räsenrätschen,

55

### 3. Expedient.

Gehalt zu 1 und 2: 1500 M., steigend aller 2 Jahre um 150 M. bis 2500 M., zu 3: 1800 M., steigend aller 2 Jahre um 150 M. bis 1800 M.; außerdem 150 M. Wohnungsgeldzulagen für Verheiratete und 100 M. für Unverheiratete, Leistungszulagen nach sozialen Grundlagen. Die Gemeinde ist Mitglied des Landesvereinssverbandes Lößnitz-Gemeinden.

Gefordert wird zu 1: Erfahrung im Gemeindelassen, Spül- und Rechnungswesen, Schreiber und Groverlehrer, zu 2: Erfahrung im Kosten- und Rechnungswesen, gründliche Vertrautheit mit den Steuergesetzen, zu 3: Erfahrung in allgemeinen Betriebswirtschaften und der Registrierung.

Auf völlig selbstständig arbeitende, freieame Kräfte wird gerechnet. Probeleistung bleibt vorbehalten.

Gesuche mit Lebenslauf und Bezeugnissen sind bis 25. Januar an den Gemeindevorstand zu Kloster einzureichen.

### Anstalt für Krankengymnastik, Massage und Orthopädie Dresden-A., Wiener Platz 2.

Nach meinem Ausscheiden aus dem Militärdienste habe ich die Tätigkeit in meiner Pensionstafel in vollem Umfange wieder aufgenommen.

58

### Prof. Dr. med. Willem Smitt.

**U. Lichtspiele**  
Dresden-A., Waisenhausstr. 22.

**Carmen**  
Drama in 6 Akten.  
I. d. H.: Pola Negri, Harry Liedtke.

**Das schwarze Gespenst**  
I. d. H.: Knopppchen  
Komödie in 1 Akt.

**Sommer in Jütland**  
Naturaufnahme.

Vorführungszeiten:  
Wochentags von 4—11 Uhr.  
Sonntags von 3—11 Uhr.

64

### Tagesanzeiger

Sonnabend, 4. Januar.

### Landestheater.

Operette.

Wiba (Wiba: Eine Verlobung zwischen a. G.). Anfang 1/2 Uhr.

Sonntag nachm. 1/2 Uhr (ermäßigte Preise).

Sonntag nachm.